

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₤ (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 75 ₤, für Versammlungsanzeigen 50 ₤ die Zeile.

Ein Weg aus dem Wirrwarr

Im Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei erschien im Jahre 1925 ein außerordentlich bemerkenswertes Buch. Der Autor des Buches, das den Titel: „Ein Weg aus dem Wirrwarr“ trägt, ist Edward A. Filene, ein erfolgreicher Geschäftsmann und Besitzer eines der größten Warenhäuser der Welt. Dieses Buch müssen gegenwärtig alle deutschen Unternehmer, vor allen Dingen aber die „Führer“ der Wirtschaft, lesen und, was natürlich noch wichtiger ist, die Ratsschlüsse, die Filene ihnen gibt, befolgen. Es ist in der Tat ein Weg aus dem Wirrwarr, den er in seiner trefflichen Schrift zeigt. Obwohl die Schrift schon einige Jahre alt ist, gilt auch jetzt noch jede These, die der Autor aufgestellt hat. Filene ist kein Sozialist, er ist ein liberaler Kapitalist vom reinsten Wasser. Aber seine Gedanken sind grandios, seine Kenntnis des Wirtschaftslebens beruht auf ungeheurer Erfahrung, er ist einer der besten Kenner des internationalen kapitalistischen Wirtschaftssystems. Wie immer man seine Schlussfolgerungen nennen mag, sie enthalten eine starke Dosis Sozialismus.

Was verlangt Filene in seinem trefflichen Buch? Er geht davon aus, daß wir am Anfang einer industriellen Revolution stehen, die in ihrem Ausmaß und in ihrer Wirkung weit über die der Jahre 1770 bis 1840 hinausgehen wird. Um die sozialen und wirtschaftlichen Wirkungen dieser industriellen Revolution zu überbrücken, müssen alle Kräfte eingesetzt werden. Wenn die Krise überwunden werden soll, so führt Filene aus, so müssen die Wirtschaft und die in ihr wirkenden Kräfte bestrebt sein: „die Produktionsverfahren zu verbessern und die Kosten der Herstellung zu vermindern, den Absatz von der unhaltbaren Verschwendung zu befreien, die Preise für die Lebensbedürfnisse immer mehr zu verbilligen, die Arbeitszeit zu kürzen, die Ruhezeit zu verlängern, die periodischen Krisen und die immer wiederkehrende Arbeitslosigkeit zu beseitigen, immer bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, höhere Löhne zu zahlen und Behaglichkeit und Gedeihen ihrer Angestellten und Kunden zu erhöhen“.

Das ist ein Weg aus dem Wirrwarr! Die deutschen Unternehmer tun das Gegenteil. Wohl haben sie die Produktionsverfahren verbessert und die Kosten der Güterherstellung dadurch verbilligt. Das kann ihnen kein Mensch streitig machen. Sie haben rationalisiert, um ihren Profit zu erhöhen, nicht um die Preise für den Konsumenten zu verbilligen. Die Kartellwirtschaft hat ihr übriges getan, um eine Senkung der Preise zu verhindern. Die deutschen Unternehmer haben immer gerade das Gegenteil getan, was in den Vorschlägen von Filene niedergelegt ist. In der Frage der Arbeitszeit, in der Lohnfrage, in der Frage der Freizeit für die Arbeiter und Angestellten, in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, überall das gleiche Bild. Rückständigkeit ist ihre Parole. Nur keine Zugeständnisse! Immer konservativ bleiben. Krauterköpfe sind nun einmal Krauterköpfe, sie können nicht aus ihrer Haut heraus. Ein deutscher Kapitalist und Unternehmer könnte sich niemals aufschwingen, so zu denken und zu handeln, wie es Filene vorschlägt. Das wissen wir zur Genüge. Wir müssen deshalb mit gewerkschaftlichen Mitteln nachhelfen. Die Landsleute des Großunternehmers Filene sind doch andere Kerle. Betrachten wir nur einmal ihre Einstellung in der Arbeitszeitfrage. Um aus der Krise herauszukommen, gehen sie den Weg, den Filene vorschlägt; sie verkürzen die Arbeitszeit. Es wird geschätzt, daß Ende des Jahres 1928 in der amerikanischen Industrie für 400 000 Arbeiter die Fünftage- und Sechstage-Geltung hatte. Mitte 1930 ist ihre Zahl schon auf nahezu 1 000 000 angewachsen. In New York allein sind es 150 000 Ar-

beiter, die den Samstag ganz frei haben. Ferner hat das Fünftagesystem im Buchdruckgewerbe, in der Bekleidungs- und der Automobilindustrie eine große Ausdehnung erfahren. Vor kurzem hat noch die bekannte Photofirma Eastman Kodak Company beschlossen, die fünfjährige Arbeitswoche einzuführen.

Von großem Interesse ist auch ein Bericht, den ein amerikanischer Unternehmerverband veröffentlicht hat über die Ergebnisse der Fünftagewoche. Es wurde eine Umfrage veranstaltet unter den Großbetrieben, die zur Fünftagewoche übergegangen sind. Von den 94 Gesellschaften berichten 6 von einem leichten Rückgang der Produktion, 24 von einem Rückgang im Verhältnis zur Herabsetzung der Zahl der Arbeitsstunden, 46 Fabriken erklären, es sei keine Änderung in der Produktion eingetreten, und 18 stellen eine Produktions-erhöhung fest.

Aber auch in dem den Amerikanern stammverwandten England finden wir Unternehmer, die in der Arbeitszeitfrage ähnliche Wege beschreiten wie die amerikanischen Unternehmer. Die Fünftagewoche marschiert auch in England.

In England ist das System der Fünftagewoche nach dem Jahresbericht der Gewerbeinspektoren in mehreren Unternehmungen eingeführt worden, besonders da, wo die Arbeiter einen langen Weg zur Fabrik zurücklegen müssen. Aus einem Vorort Londons wird berichtet, daß in einem Betrieb infolge Ueberganges zur Fünftagewoche eine Erhöhung der Produktion um 22 bis 26 % und eine Senkung der

Ankosten um 6 bis 7 % eingetreten sei. Ein anderer Gewerbeinspektor erwähnt, daß in einer der größten Maschinenfabriken in der Umgebung von London eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 47 Stunden in sechs Tagen auf 43 Stunden in fünf Tagen erfolgt ist, was eine sofortige Leistungserhöhung zur Folge hatte. Außerdem wurde festgestellt, daß die bei dringenden Aufträgen eingeführte Ueberzeitarbeit unwirtschaftlich ist.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein Weg aus dem Wirrwarr. Wird dieser Weg beschritten, dann werden die Erwerbslosenziffern sehr bald erheblich abnehmen. Damit allein werden wir die Wirtschaftskrise nicht überwinden können. Es müssen alle Wege beschritten werden, die Filene vorschlägt. Die Gewerkschaften erheben seit Jahr und Tag die gleichen Forderungen. Bisher konnte leider nur wenig durchgeführt werden. Immer wieder sind es die Unternehmer oder auch die Regierung, die der organisierten Arbeiterschaft bei ihrem Vormarsch Steine auf den Weg wälzt. Die Unternehmer wollen den Weg, der aus dem Wirrwarr führt, nicht beschreiten; sie sind Rückwärtser. Wir aber müssen mit der größten Kraftanstrengung versuchen, die Unternehmer auf den richtigen Weg zu drängen. Es wird ein schwerer Kampf sein, den wir als Gewerkschafter mit den Unternehmern zu führen haben. Siege und Niederlagen werden uns dabei beschieden sein. Wie immer es auch sein mag: Wir glauben an unsere Sache und an die geschichtliche Mission der Arbeiterklasse. Wir werden unsere Wege gehen in der festen Ueberzeugung, daß die Arbeiterklasse und nur sie imstande ist, den richtigen Weg aus dem Wirrwarr zu finden.

Wirtschaftskrise und Steuerzahlung

Die dem Reiche, den Ländern und Gemeinden zufallenden Aufgaben haben sich unter den Nachwirkungen des verlorenen Krieges beträchtlich erhöht. Dem entsprechend sind auch die Steueranforderungen gestiegen. Die Klagen über die wachsenden und immer unerträglicher werdenden Steuerlasten sind daher allgemein. Verbirgt sich hinter diesen Klagen auch vielfach Demagogie und Heuchelei, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß sich infolge der noch mit unverminderter Schärfe bestehenden Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zahlreiche Einkommen erheblich vermindert haben, was die Aufbringung der Steuern außerordentlich erschwert. Wollte man freilich den aus den besitzenden Kreisen erhobenen Klagen Glauben schenken, dann hätten diese am meisten unter dem bestehenden Zustand zu leiden, wie denn auch gerade von jener Seite am nachdrücklichsten Steuererleichterungen gefordert werden. Die Reichsregierung hat diesen Forderungen weitgehend Rechnung getragen, ohne damit jedoch die erwartete Anerkennung zu finden. Das ist bei der Einstellung dieser Kreise, die an Begehrlichkeit nicht überboten werden können, nicht verwunderlich. Handelt man dort doch seit jeher nach dem Grundsatz, daß Nehmen seliger als Geben ist, weshalb man auch die Ertragung der notwendigen Steuerlasten möglichst den andern, insbesondere den arbeitenden Volksschichten überläßt. Die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien bietet hierfür recht drastische Belege.

Das geht auch von neuem aus der statistischen Zusammenstellung des Reichsfinanzministeriums über den Stand der Erhebung und Beitreibung von Steuern und Zöllen für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1930 hervor, die vor kurzem dem Reichstag zugeleitet wurde. Nach dieser Zusammenstellung ergeben sich für die genannte Zeit bei einem Steueraufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben im Gesamtbetrage von 3665,9 Millionen Mark an Rückständen nicht weniger als 684,4 Millionen. Hiervon wurden gestundet 420,2 Millionen, erlassen oder niedergeschlagen 41,4 Millionen Mark. Die Rückstände betragen hiernach 18,6 % des vorgegebenen Steueraufkommens. Gegenüber dem Stand vom 1. April bis 30. September 1929 haben sich die Steuerrückstände um 28,1 Millionen Mark vermehrt, was in der offiziellen Erläuterung hierzu auf die ungünstige Wirtschaftslage zurückgeführt wird.

Hierin wird man berechnete Zweifel setzen können. Zergliedert man nämlich die Steuerrückstände nach den Steuerarten, so zeigt sich vielfach etwas ganz anderes und man gelangt zu sehr lehrreichen Aufschlüssen. Der Vergleich des Steueraufkommens an veranlagter Ein-

kommensteuer, also ohne Lohnsteuer, zeigt z. B., daß bei 639 Millionen Steueraufkommen 217,6 Millionen, demnach rund 34 % Rückstände zu verzeichnen waren. Es wurde somit über ein Drittel der veranlagten und fälligen Einkommensteuer nicht abgeführt. Demgegenüber betragen die Rückstände aus der Lohnsteuer bei einem Gesamtaufkommen von 673,4 Millionen nur 3,4 Millionen Mark. Das sind nur ganze 0,5 %. Berücksichtigt man, daß die Lohnsteuerpflichtigen im gleichen Maße, ja noch wesentlich schwerer unter der herrschenden Wirtschaftskrise zu leiden haben, ohne daß ihnen die Möglichkeit zur Verfügung steht, sich ebenso wie die übrigen Einkommensteuerpflichtigen von der Steuerzahlung zu drücken, so kann die offiziöse Erklärung nicht zutreffen. Wir haben vielmehr wieder ein Beispiel vor uns, in wie skrupelloser Weise von jener Seite die Steuerpflicht zu umgehen und hinaufällig zu machen versucht wird. Diese Tatsache findet ihre weitere Illustration darin, daß von der rückständigen veranlagten Einkommensteuer rund 53 % bei der Lohnsteuer dagegen 15 % gestundet worden sind.

Damit nicht genug sind bei der Körperschaftsteuer mit einem Aufkommen von 285,5 Millionen Mark insgesamt 67,5 Millionen rückständig, hiervon 53,9 Millionen gestundet. Die Rückstände bei der Umsatzsteuer mit einem Aufkommen von 483,6 Millionen betragen 70 Millionen, obwohl diese Beträge von den Steuerpflichtigen bereits vereinnahmt wurden, da sie der Konsument beim Einkauf bezahlte und somit keine Rückstände vorhanden sein dürften. Die Vermögenssteuer weist bei einem Aufkommen von 261,6 Millionen Rückstände in Höhe von 50 Millionen auf. Nicht besser liegen die Verhältnisse bei der Erbschafts-, Gesellschafts- und Obligationensteuer, bei denen die Rückstände die bisher eingegangenen Steuern um das mehrfache übertreffen. So gingen bei der Erbschaftsteuer ein 38,7 Millionen. Im Rückstand befinden sich 81,4 Millionen, was sich aus den gesetzlichen Vorschriften erklärt, die eine Stundung bis zu 20 Jahren vorsehen. Die Gesellschaftsteuer erbrachte 17,6 Millionen. Rückständig sind 25,5 Millionen Mark. Desgleichen stehen den Einnahmen aus der Obligationensteuer mit 5,4 Millionen 13,2 Millionen Mark Rückstände gegenüber.

Etwas günstiger sind die Verhältnisse bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben. Hier ergeben sich für die in Betracht kommende Zeit bei einem Gesamtaufkommen von 1492,4 Millionen 86,8 Millionen Rückstände, von denen 30,1 Millionen gestundet, 10,4 Millionen niedergeschlagen wurden. In diesem Zusammenhange muß auch auf die bestehende Kapitalflucht hingewiesen werden, die zum erheblichen Teile als Ausfluß der bei den Besitzenden herrschenden Steuersehen zu betrachten ist. Nicht nur, daß dem

deutschen Kapitalmarkt dadurch diverse Milliarden Mark verlorengehen, hat auch der Steuerfiskus erhebliche, in die Hunderte von Millionen gehende Steuerausfälle zu erleiden. Zusammen mit den rückständigen Steuern würde die sich ergebende Summe dieser Ausfälle ohne weiteres hinreichen, den Reichshaushalt ohne Gehaltskürzungen und ohne neue Steuern auszugleichen und den Reichsfinanzminister von den Sorgen über das zu deckende Defizit befreien.

Wie in andern Fällen versuchen es auch hier die Besitzenden Kreise, sich in geradezu skandalöser Weise ihren Verpflichtungen zu entziehen und diese den ärmeren Volksschichten aufzuladen. Zu dem gleichen Zwecke treten sie für den Lohn- und Gehaltsabbau ein. Sie sind mit dem bisher erzielten Erfolg nicht zufrieden, sondern wollen die Schröpfung der Lohn- und Gehaltsempfänger noch weiter fortsetzen, die diesen Bestrebungen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen müssen. Zugleich haben die Lohn- und Gehaltsempfänger im Hinblick darauf, daß von ihnen die Lohnsteuer bis zum letzten Pfennig erhoben wird, eine restlose Heranziehung der Steuerdrückeberger zur Erfüllung ihrer steuerlichen Pflichten zu fordern.

Weg mit dem irreführenden Lebenshaltungszindex!

Der Index entspricht schon lange nicht mehr den Bedürfnissen und ist vollständig veraltet. Da er bei der Lohngestaltung eine außergewöhnliche Rolle spielt, führt er zur Schädigung der deutschen Arbeiterschaft. Der Arbeiterrat Groß-Hamburg hat an die Hamburger Arbeitsbehörde eine Eingabe gerichtet, die sich auf gründliche Berechnungen stützt und den Vorschlag zu einem neuen Index enthält. In dem Begleitschreiben wird darauf hingewiesen, daß die konstruierte Normalfamilie in ihren Normalausgaben vollkommen normal ist. Sie macht keine Aufwendungen für Steuern, Sozialversicherung, Instandhaltung der Wohnung und Neuanfassungen und lenkt keine Verbandsbeiträge. Die Ausgaben für Körperpflege beschränken sich in dieser Familie auf monatlich achtmal Rasieren und zweimal Haarschneiden, auf ein Handtuch und ein Stück Toiletenseife. Das Bildungsbedürfnis wird durch eine Tageszeitung, 48 Neclamhefte, 72 Stück Bleistifte und einem 48maligen Besuch des Kinos im Jahr befriedigt. Bezüglich der Bekleidung ist es nicht zu verstehen, daß man immer noch von schwarzen Knibbroschnürstiefeln für Frauen, baumwollenen Frauenstrümpfen, Flanellhemden usw. für Männer spricht. Teilweise sind diese Waren gar nicht mehr vorhanden. Ein wichtiges Nahrungsmittel, das Obst, fehlt in der Ernährungstabelle vollständig. In der konstruierten Normalfamilie beschränkt sich der Verbrauch an Wurst- und Fleischwaren auch nicht lediglich auf Leberwurst und an Fischen auch nicht ausschließlich auf Salzheringe. Der arbeitende Mensch hat selbstverständlich das Bedürfnis nach Erholung. Er geht aus, trinkt ein Glas Bier und raucht seinen Tabak. Der Indexmensch nach altem Muster kennt keine Erholung, keine Ausgaben für Sport usw. Der vom Hamburger Arbeiterrat aufgestellte neue Index beruht auf den amtlichen Kleinhandelspreisen. Das Ergebnis ist folgendes:

	Indexziffern			
	1913/14	1930	neue Berechnung	auf der alten Grundtabelle errechnet
Lebensmittel . . .	85,01	124,94	147,—	141,—
Wohnung . . .	45,98	58,86	128,—	128,—
Befeuchtung . . .	8,93	13,46	150,72	191,67
Heizung . . .	—	—	—	94,51
Bekleidung und Wäsche . . .	16,42	26,95	164,12	166,61
Sonstiger Bedarf	56,80	115,81	203,89	198,76
	213,14	340,02	159,52	146,93

Der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Index beträgt 12,59%. Daß dies für die Berechnungsmethoden bei der Beurteilung der Lohnhöhe von ausschlaggebender Bedeutung ist, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Deshalb stellt auch der Hamburger Arbeiterrat fest, daß die Kaufkraft der Löhne der gelernten Arbeiter bis September 1929 und die der ungelernten Arbeiter bis September 1928 unter dem Friedensstand lag und bis September 1930 um 3,4 beziehungsweise 5,5%, nicht aber um 12,3 beziehungsweise 14,5% nach dem alten Index gestiegen ist. Uns erscheinen die Untersuchungen des Hamburger Arbeiterrats als eine praktische Vorarbeit zur Aufstellung einer neuen Messziffer für die Lebenshaltungskosten. Mit allen Mitteln muß darauf hingearbeitet werden, daß der alte irreführende Index recht bald verschwindet.

Internationale Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Die Völker hungern bei vollen Scheunen! Dieses in letzter Zeit mehrfach gebrauchte Wort ist heute zu einer traurigen Wahrheit für die Arbeiterschaft der Welt geworden. Trotzdem diese traurige Tatsache zum Leitmotiv der Europakonferenz hätte werden müssen, tritt man sich um nebenfachliche Dinge. Wie liegen die Verhältnisse? Am Weltmarkt brechen die Preise zusammen infolge des stellenweise herrschenden Ueberflusses. Unüberwindliche Zollmauern hindern das Eindringen billiger Ware in die Bedarfsländer. In Kanada, in Nord- und Südamerika, werden Mais und Weizen als Brennstoffe verfeuert. In Brasilien werden mit voller Absicht Millionenwerte an Kaffee, in andern südamerikanischen Ländern an Zucker verbrannt, und einem merkwürdigen Geses folgend, fangen auch die Lagerhäuser europäischer Importeure zu brennen an. Mit einer hochentwickelten Technik ausgefätschte Industrien lassen Bedarfs- und Luxusgüter sich zu Bergen türmen. Daneben stehen — nach Berechnungen des Internationalen Arbeitsamtes — mehr als 15 Millionen Arbeitslose, das sind mit ihren Angehörigen über 60 Millionen Menschen,

die nicht nur verbrauchsuntauglich gemacht worden sind, sondern die eine moderne Gesellschaft buchstäblich dem Hunger überantwortet.

Mit der jungen Völkern eigenen Sorglosigkeit erklärte man noch vor mehr als einem Jahre in den Vereinigten Staaten, es gebe in diesem gefegneten Lande keine Arbeitslosigkeit. Man lehnte vorbeugende sozialpolitische Maßnahmen ab — die hohen Löhne machten solche überflüssig. Heute stehen in U.S.A. 7 Millionen Arbeitslose ohne wirksame Hilfe auf der Straße und nähren sich kümmerlich von den Bettelstuppen der Vandalen, des roten Kreuzes und der Heilsarmee. Die amerikanischen Kommunen, denen heute Millionen von Armen zur Last fallen, schreiben nach einem staatlichen Versicherungszwang. Sie preisen als Neuheit, was für die alte Welt unter dem Druck einer organisierten Arbeiterbewegung schon lange zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Und wenn die Berliner „Rote Fahne“ mit Ueberheblichkeit erklärt, man suche in den Statistiken des Internationalen Arbeitsamtes vergeblich nach einer Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland, so sei demgegenüber festgestellt, daß es dort durch brutalen Arbeitszwang zwar gelungen ist, die Arbeitslosigkeit hinwegzudeckeln. Aber auch die fanatischsten Anhänger Sowjetrußlands müssen erkennen, daß sich der Hunger nicht durch Verordnungen verschrecken läßt. Und das russische Proletariat hungert in seinem Arbeitszwang, damit die Lebensmittel zu Schleuderpreisen exportiert werden können, um die Devisen des europäischen und amerikanischen Kapitalismus ins Land zu bekommen. Der Fünfjahresplan ist ein Lebensweg und ein Opfergang für das russische Proletariat. Von der Phalanx des Hungers und der Not ist auch die sowjetrussische Arbeiterschaft nicht ausgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit ist durch die weltwirtschaftlichen Umwälzungen zu einem internationalen Problem geworden. International müssen daher auch die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sein.

Doch vor allem gilt es im Lande selbst den Kampf gegen das Uebel zu führen. Unentbehrlich ist die Arbeitslosenversicherung und die Unterstützung. Wenn die Zahl der in den wichtigsten Industrieländern der Welt gegen Arbeitslosigkeit Versicherten sich von 4,5 Millionen im Jahre 1919 auf 44,6 Millionen — also um das Sechsfache — erhöht hat, ist dies ein Beweis für die wachsende Bedeutung der Versicherung. In immer höherem Maße werden in fast allen Industrieländern öffentliche Arbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit gefördert. Eine öffentliche und kostenlose Arbeitsvermittlung wirkt regulierend und helfend. Die Zahl der öffentlich vermittelten Stellen hat sich von 2,7 Millionen im Jahre 1911 auf etwa 20 Millionen im Jahre 1930 erhöht. Aber alles dies sind nur Hilfsmittel, die zwar lindern können, aber nicht geeignet sind, das Uebel zu beseitigen.

Dazu bedarf es heute Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art, die weit über das hinausgehen, was bisher an internationaler Zusammenarbeit geleistet worden ist. Mit der Bekämpfung der Kohlenkrise haben Völkerbund und Internationales Arbeitsamt auf diesem Gebiete einen, wenn auch noch besitzig umstrittenen, Anfang gemacht. Wie lange der Kampf noch dauern mag, er muß enden mit einer Verständigung der kohleerzeugenden Länder untereinander und vor allem mit einer internationalen Gleichgestaltung der Arbeitsbedingungen. Und was hier für die Kohle gilt, hat allgemeine Geltung.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat im Oktober 1930 auf Grund eines Vorschlags der Arbeitergruppe beschlossen, seinen Ausschuss zur Erforschung der Arbeitslosigkeit zu erweitern und mit einer eingehenden Erhebung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die zu ihrer Bekämpfung geeigneten Maßnahmen zu beauftragen. Es darf in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß das Internationale Arbeitsamt und andere Völkerbundsorgane in bezug auf die wissenschaftliche Ermittlung der wichtigsten Ursachen schon wertvolle Vorarbeit geleistet haben. Heute kommt es mehr auf die politischen Entscheidungen an. Ein Blick auf die zu behandelnden Probleme beweist dies. Als Krisenursachen werden in dem Antrag der Arbeitergruppe in Genf unter anderem genannt:

1. der sinnlose Zollkrieg unter den Nationen,
2. die mangelhafte internationale Verteilung des Kapitals und der Rohstoffe;
3. die mangelhafte Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse der Verbraucher;
4. die schlechte Verteilung des Volkseinkommens unter die verschiedenen Bevölkerungsschichten;
5. die Rationalisierung usw.

Eine zweckmäßige Regelung gerade dieser Fragen setzt eine weitgehende Verständigungsbereitschaft der Nationen voraus. Noch scheinen sie für eine Niederlegung der Zollgrenzen, wie die Völkerbundskonferenz bewies, nicht reif zu sein. Das gleiche gilt hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe. Ob die Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich in der Lage sein wird, eine bessere Kapitalverteilung herbeizuführen, scheint noch zweifelhaft. Noch ist, alles in allem, der Einfluß der organisierten Arbeiterbewegung auf die Regierungen und für die Gestaltung der Verhältnisse zu schwach. Dies zeigt insbesondere die Tatsache, daß auch die mangelhafte Verteilung der Volkseinkommen eine Ursache der Krise mit ist. Der Lohn ist ein politischer Lohn. Von dem Volkseinkommen erhält die Arbeiterschaft nur den Anteil, den sie kraft ihrer organisierten Macht politisch und gewerkschaftlich zu erkämpfen vermag. Das gleiche gilt ohne Einschränkung auch für die Erringung des der Arbeiterschaft zustehenden Anteils an den Erfolgen der Rationalisierung. Auch die Verständigung mit der farbigen Arbeiterschaft Asiens und Afrikas, die heute schon den europäischen Arbeitsmarkt bedrängt, ist eine Angelegenheit, die nur mit Hilfe der organisierten Arbeiterbewegung zweckmäßig geregelt werden kann.

In dieser Richtung liegen auch die in einer Denkschrift zur Europakonferenz gemachten Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas. Hier wird insbesondere betont, daß jede europäische Einigung und Verständigung unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen und die Kaufkraft der Arbeiterschaft sich auswirken müsse, und daß daher die Vertretung der Arbeiterschaft unbedingt das Recht zur Mitwirkung haben müsse. Wirtschaftliche und politische Maßnahmen in Europa müßten eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft bringen. Daher könne eine solche Verständigung nicht allein das Werk von Politikern und Wirtschaftlern sein, sondern es sei nur möglich im engsten Zusammenwirken mit den internationalen Arbeitsorganisationen, wo die Arbeiter der Welt einen maßgebenden Einfluß besitzen und dem geplanten europäischen Komitee.

Eine machtvolle internationale Arbeiterbewegung ist daher die Voraussetzung für eine erfolgreiche Lösung der internationalen Probleme. Die Arbeiterschaft kann die vom Internationalen Arbeitsamt und vom Völkerbund angebahnte wissenschaftliche Durchleuchtung der Ursachen der Weltkrise nur begrüßen. Über darüber hinaus muß sie in allen Ländern die Vertreter der Gemeininteressen an die Stelle der Privatwirtschaft setzen. Erst dann verschwinden die heute noch unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten politischer Art.

Gefährdung des Tarifsystems

Mit der Entwicklung des Tarifwesens erhöht sich die Bedeutung der Frage nach der Spanne zwischen den tariflichen und den tatsächlichen Löhnen. Bei der Vorherrschaft der tariflichen Regelung bedeutet eine allzu große Spanne zwischen den tatsächlichen Arbeitsverdiensten und den Tariflöhnen, daß der Lohn der betreffenden Arbeitnehmergruppen tariflich nicht gebunden und folglich auch nicht geschützt ist, daß hier in bezug auf die Löhne tatsächlich ein tarifloser Zustand herrscht, gleichgültig, ob dies auf besonders hohe Altfordienste oder auf ungewöhnlich tiefe Tariflohnsätze zurückzuführen ist.

In seinem Aufsatz „Das Tarifwesen und der Kampf um den Lohn“, der in der Arbeit 1930, Heft 1, erschienen ist, prüft Wladimir Woytinski die Bedeutung dieser Spanne. Nachdem er die Bewegung der Tariflöhne und der tatsächlichen Arbeitsverdienste in den letzten sechs Jahren untersucht hat, kommt er zu folgenden für die augenblickliche Situation bedeutsamen Ergebnissen:

1. Unter der Vorherrschaft des Tarifsystems zerlegt sich der Lohn in zwei Bestandteile mit verschiedener volkswirtschaftlicher Bedeutung: Der Tariflohn stellt den verhältnismäßig unbeweglichen Teil des Lohnes dar, der möglichst einheitlich für den ganzen Beruf und für längere Frist festgelegt wird; der übertarifliche Verdienst ist der bewegliche Teil des Lohnes, der sich von Betrieb zu Betrieb und von Monat zu Monat verändern kann.

2. Der Tariflohn wies in den letzten Jahren eine strukturelle Aufstiegsbewegung auf, die im großen ganzen dem Fortschritt der Wirtschaft entsprach und deren Schnelligkeit jederzeit durch die Wirtschaftslage (Konjunktur) bedingt war. Die übertariflichen Verdienste schwanken dagegen mit jedem Auf- und Abstieg der Konjunktur.

Diese doppelte Bewegung entspricht der wirtschafts- und sozialpolitischen Funktion des kollektiven Arbeitsabkommens, das die Vereinheitlichung und Stabilisierung der Lohnbedingungen im Lande ohne Gefährdung ihrer Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit anstrebt.

Aber wenn dies der Sinn des Systems von Tarifverträgen ist, dann muß man sich hüten, dieses System wider sinnig zu machen!

Wider sinnig wird es, wenn die tariflichen Lohnsätze so tief unter dem Stand der tatsächlichen Verdienste gehalten werden, daß sie diese nicht mehr zu beeinflussen, das heißt zu vereinheitlichen und zu stabilisieren vermögen. Wo der übertarifliche Verdienst 50, 70 oder sogar 100% des Tariflohnes beträgt, herrscht tatsächlich ein tarifloser Zustand, für den nicht allein die Vertragsparteien, sondern nicht zuletzt die Schlichtungsinstanzen die Verantwortung tragen, deren Pflicht es ist, zur gegebenen Zeit den Vertragsparteien klarzumachen, daß die Tarifverträge, die sie abschließen, keinen Sinn haben, und darauf zu dringen, daß die fiktiven Tariffsätze aus der Welt geschafft werden.

Dies fällt aber nicht schwer ins Gewicht im Vergleich mit dem andern Widersinn, der sich gegenwärtig vor unseren Augen abspielt, mit dem Versuch der Regierung und des Reichsarbeitsministers, die Tariflöhne in einen Spielball der Konjunkturschwankungen zu verwandeln.

Gegen das Abgleiten des Mehrverdienstes bei der Depression gibt es leider kein Mittel. Der Sinn des Tarifsystems ist aber, daß es im voraus diese Bewegung in einen Rahmen zwingt: Die übertariflichen, mit der Konjunktur gestiegenen Verdienste können herabgedrückt werden, an den Tariflöhnen darf dagegen nicht gerüttelt werden! Auf diese Weise wird ein wichtiges Element der Stabilität der wirtschaftlichen Bedingungen geschaffen.

Ein Reichsarbeitsminister, der sich nach der Senkung der übertariflichen Verdienste an die Spitze des allgemeinen Angriffs des Unternehmertums gegen die Tariflöhne stellt, verkennt den Sinn der tarifvertraglichen Regelung der Löhne, ebenso wie die Folgen seiner Politik. Gleichzeitig mit der Untergrabung des Vertrauens der Arbeiterschaft zum Tarif- und Schlichtungswesen führt diese Politik zur Verschärfung der auf der gesamten Volkswirtschaft lastenden Baiffe-Psychose: Die allmähliche Abbröckelung der Tariflöhne läßt die Bevölkerung eine Preissteigerung erwarten (die in Wirklichkeit kaum kommen wird) und unterstützt jenen Generalfreik der Käufer, der zwangsläufig zur weiteren Einschränkung der Produktion und Steigerung der Arbeitslosigkeit führt. Dies alles inmitten einer schweren Vertrauenskrise, wo alles auf die Aufrechterhaltung und Stärkung der Stabilität der Wirtschaft eingestellt werden müßte!

Den Haushalt der Arbeitslosenversicherung für das Jahr 1931 verabschiedet

Nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird der gestaute Haushalt der Reichsanstalt vom Verwaltungsrat festgesetzt. Den Haushalt des Arbeitsamtes setzt deren Verwaltungsausschuss fest und er bedarf der Genehmigung durch den Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamtes. Den Haushalt des Landesarbeitsamtes setzt dessen Verwaltungsausschuss fest. Dieser Haushalt umfasst auch die Haushalte der ihr unterstellten Arbeitsämter. Die Genehmigung der Haushalte der Landesarbeitsämter kann nur der Verwaltungsausschuss der Reichsanstalt erteilen. Den gesamten Haushalt der Reichsanstalt setzt der Verwaltungsrat — der sich zusammensetzt aus Vertretern der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der öffentlichen Körperschaften — fest.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat nun den Haushalt über alles, was sich aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz ergibt, für das Jahr 1931 verabschiedet. Er nahm dabei auch gegen die neuerdings beängstigend anwachsende Flut von untauglichen Reformvorschlägen anwachsende Flut von untauglichen Reformvorschlägen Stellung. — Wie bekannt, hat sich auch schon seit längerer Zeit die Reichsregierung mit der Bildung einer neutralen Reformkommission beschäftigt. Die vom Reichskanzler berufene und hauptsächlich aus Fachwissenschaftlern bestehende Kommission ist nun gebildet und deren Mitglieder der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt sieht eine praktische Reformmöglichkeit nur in den Vorschlägen der Gewerkschaften. Besonders in bezug auf die Neugestaltung der Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge. Besonders macht sich eine Reform und Vereinheitlichung der unhaltbaren Zustände, die sich durch das komplizierte Unterstützungsverfahren der Krisen- und Wohlfahrtsempfänger ergibt, notwendig.

In einer hierzu angenommenen Entschließung erklärt der Verwaltungsrat, daß er eine Vereinigung der beiden heute noch bestehenden Unterstützungsformen (Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege) für notwendig halte und er auch eine Beschleunigung dieser Neuregelung für dringend erforderlich erachte. Dieser Entschließung darf in Anbetracht der bevorstehenden Beratungen über den Etat des Reichsarbeitsministeriums und den dazu vorliegenden Anträgen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Reform der Arbeitslosenfürsorge eine besondere Bedeutung beigemessen werden.

Die Beratungen des Verwaltungsrats wurden eingeleitet von Dr. Syrup, dem Präsidenten der Reichsanstalt. Er gab einen allgemeinen Überblick über die Lage des Arbeitsmarktes und setzte sich dabei mit den von berufener und unberufener Seite gemachten Vorschlägen zur Behebung der Arbeitskrise im einzelnen auseinander. Er zeigte, daß fast alle diese Vorschläge undurchdacht sind und ein wirkliches Eindringen in die Schwierigkeiten und wahren Gründe der gegenwärtigen Krise vermissen lassen. Besonders scharf ablehnend behandelte er die Vorschläge zur Einführung der Arbeitsdienstplicht. Nachdrücklich wies der Präsident darauf hin, daß durch die fortgesetzten Änderungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes den Arbeitsämtern eine starke Belastung erwachsen sei. Im Anschluß an diese Feststellung sprach er die dringende Bitte aus, in Zukunft von weiteren Änderungen des Gesetzes verjagt zu werden. Diese Bitte richtete sich deutlich an die Adresse der Reichsregierung, die ja jetzt eine neue Sachverständigenkommission zur Reform der Arbeitslosenversicherung eingesetzt hat.

Notwendiger erscheint dem Präsidenten eine Sachverständigenkommission aus den in der Praxis der Arbeitslosenversicherung stehenden Persönlichkeiten, die einmal nachprüfen sollte, ob nicht durch den größten Teil der getroffenen Gesetzesänderungen mehr Verwaltungsaufwand entstehe als Ersparnis. Damit beauftragte der verantwortliche Leiter der Reichsanstalt — allerdings reichlich verspätet — die Auffassung der freien Gewerkschaften über den Schaden der fortgesetzten Reformerei in der Frage des Arbeitslosenschutzes.

In der Aussprache wandten sich Dr. Brocker vom ADGB und Dr. Croner vom Alfa-Bund scharf gegen eine Reihe von Mißständen, die sich im Laufe des letzten Jahres innerhalb der Reichsanstalt herausgebildet haben. Kollege Brocker wies darauf hin, daß durch die überhandnehmende Bürokratisierung der Reichsanstalt auch für die Rechtssicherheit Gefahren zu entstehen drohen, weil eine große Zahl von Arbeitsamtsdirektoren, offenbar infolge des scharfen Druckes von oben her, sich nicht mehr getraut, selbständige, von der offiziellen Auffassung abweichende Entscheidungen über Unterstützungsanträge zu fällen. Das ständige Neben- und Durcheinander von Kontrolltätigkeiten, die von vier bis fünf verschiedenen Stellen aus innerhalb der Reichsanstalt vorgenommen würden, führe geradezu zu einer Lahmlegung der Arbeitsämter; hier müsse unter allen Umständen Abhilfe geschaffen werden.

Mit den allmählich katastrophal gewordenen Personalverhältnissen beschäftigte sich eingehend Dr. Croner. Er stützte sich dabei auf Material, das der Alfa-Bund durch eine Enquete unter seinen Verwaltungsausschussmitgliedern herbeigeschafft hatte. Die von Croner aus diesem Material vorgetragenen Proben genühten, um einwandfrei klarzustellen, daß die Lebensstufenwirtschaft längst das erträgliche Maß überschritten hat, daß mit den gesetzlichen Bestimmungen über die Pflichtarbeit, jedenfalls soweit der Dienst innerhalb der Arbeitsämter in Frage kommt, nach Belieben umgesprungen wird.

Die Warnung der freien Gewerkschaften und ihre Forderung nach ausreichender Vermehrung der Arbeitskräfte in den Arbeitsämtern sind, wie aus Croners Darlegungen hervorging, durchaus vollumfänglich gerechtfertigt worden. Croners Kritik schaffte nun wenigstens einigermaßen Abhilfe; es gelang, obwohl die Vorlage der Hauptstelle der Reichsanstalt nur eine ganz unzureichende Vermehrung der Planstellen bei den Arbeitsämtern vorsah, eine erste nicht unbedeutende Übertragung der im Titel der Zusatzkräfte vorgesehenen Ausgaben in den Titel

Planstellen durchzusetzen. Danach darf damit gerechnet werden, daß die Planstellen innerhalb der Reichsanstalt etwa um 1000 Kräfte vermehrt werden. Im übrigen brachte der Verwaltungsrat zum Ausdruck, daß er die mißbräuchliche Verwendung von Pflichtarbeitern für laufende Verwaltungsarbeiten auf das entschiedenste verurteilt. Die Hauptstelle wurde ersucht, gegen diesen Mißbrauch einzuschreiten. Schließlich hat der Verwaltungsrat beschlossen, daß eine Höchstbeschäftigungszeit für Praktikanten festgesetzt werden. Danach darf damit gerechnet werden, daß die Planstellen innerhalb der Reichsanstalt etwa um 1000 Kräfte vermehrt werden. Im übrigen brachte der Verwaltungsrat zum Ausdruck, daß er die mißbräuchliche Verwendung von Pflichtarbeitern für laufende Verwaltungsarbeiten auf das entschiedenste verurteilt. Die Hauptstelle wurde ersucht, gegen diesen Mißbrauch einzuschreiten. Schließlich hat der Verwaltungsrat beschlossen, daß eine Höchstbeschäftigungszeit für Praktikanten festgesetzt werden.

Umsicht! Vorsicht! Rücksicht!

Nicht nur in der Maschine lauert Gefahr, auch in dir selbst ist sie begründet!

Wer monatelang, womöglich jahrelang an einer gefährlichen Maschine beschäftigt ist, wird mit ihr derart vertraut, daß er auf die Gefahren nicht mehr achtet. Das ist an sich menschlich durchaus verständlich. Aber in dieser Gewöhnung an die Gefahr liegt eine sehr gewichtige Unfallursache begründet!



Bestell-Nr. — 161 — der Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsge nossenschaften

Deine Maschine ist heute noch genau so gefährlich wie am ersten Tage, als du vor ihr standest und als sie dir vielleicht einen heillosen Schrecken einjagte! Laß diesen Eindruck durch die Gewöhnung nicht ganz verschwinden und laß nicht nach in deiner Aufmerksamkeit auf die Gefahren! Auch die kleinste Ablenkung deiner Aufmerksamkeit kann schwerste Folgen nach sich ziehen.

kanten festgesetzt wird, um auch so dem Ersatz von Angestellten durch sogenannte Praktikanten entgegenzutreten.

Der Etat der Arbeitslosenversicherung ist in seiner Gesamtheit angenommen worden. Er bedarf jetzt nur noch der Zustimmung der Reichsregierung. Dagegen stimmten nur die Vertreter der Arbeitgeber mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sie die beschlossene Stellenvermehrung ablehnen.

Hitlers „Sozialismus“

Hitlers „Sozialismus“ ist ein Gewächs von unverständlichen Phrasen. Die Anhänger und Nachläufer des krankhaften Psychopathen wissen selbst nicht, was sie damit anfangen sollen. Um dem abzuhelfen, hat Hitler im Laufe der Zeit die verschiedensten „Auslegungen“ dazu geschrieben, die aber noch verworrener sind wie seine sozialistischen Phrasen. Er predigt ein „Herrenmenschen-tum“, wonach nur diejenigen zum Herrschen berechtigt sind, die zum Herrenmenschen geboren, also den Herrscherstab schon in die Wiege gelegt bekommen. Angefähr dasselbe hat der nach Holland geflüchtete Wilhelm II. „seinem Volke“, in vielen Reden vorgeplappert. Seine „sozialistische Idee“, so hat er vor dem Führerausschuss erklärt, „bedeute Aufzucht einer deutschen Herrenmoral“. Wie diese neue „deutsche Herrenmoral“ aussieht, was man darunter verstehen kann, hat er nicht gesagt. Jeder kann sich diese „Herrenmoral“ nach eigenem Rezept zurechtmachen. Aber wenn man die anderen „Auslegungen“ zu Rate zieht, dann weiß man, daß im Hitlerschen „Dritten Reich“ die Unternehmer und die Militärs die Herrenmenschen sind, während die Arbeiter zum Diensten bestimmt sind.

Es gehört die ganze Beschränktheit eines faschistischen Gehirns dazu, um den Betrug nicht zu merken, den die Führer mit den Mitläufern treiben. Welche Brutalität und Arbeiterverräterei spricht zum Beispiel aus folgenden Worten Hitlers: „Mit welchem Recht verlangen die Arbeiter und Angestellten Anteil am Besitz oder gar an der Leitung der Betriebe? Der Unternehmer, der die Verantwortung für die Produktion trägt, der schafft auch den Arbeitern Brot. Gerade unsern großen Unternehmern kommt es nicht auf das Zusammenraffen von Geld an, auf Wohlleben usw., sondern denen ist die Verantwortung und die Macht das Wichtigste. Sie haben auf Grund ihrer Tüchtigkeit und auf Grund dieser Auslese, die wiederum nur die höhere Rasse beweist, haben sie das Recht zu führen. Daß man nun einen unfähigen Regierungsrat oder gar einen Betriebsrat, der von nichts eine Ahnung hat, mitreden läßt, das wird sich jeder Wirtschaftsführer verbitten.“

Arme Arbeiter! Die ihr ein Leben lang in der Fron des Alltags steht, die ihr Morgen für Morgen euer Haupt

von einer kümmerlichen Lagerstätte hebt, die ihr Tag für Tag das Gespenst der Arbeitslosigkeit vor euch erblickt, die ihr arm geboren seid und arme Kinder zeugt, die ihr in elenden Baracken und lichtlosen Hinterhäusern wohnt, ihr seid die niedere Rasse. Euch zu schubriegeln, zu prügeln und auszubeuten haben diejenigen ein Recht, die der höheren Rasse angehören! Das ist der Sozialismus Hitlers. Wer steht denn an der Spitze der großindustriellen Unternehmen? In wessen Händen liegen die großen Güter? Die Güter sind geerbt, die hohen Ämter und einträglichen Posten in der Industrie sind vererbt. Welcher Großindustrielle schickt denn seine Söhne als einfache Arbeiter in die Fabrik und überläßt sie dort ohne jede Förderung ihrem Schicksal, damit sie ihre „höhere Rasse“ beweisen? Die Wirklichkeit sieht doch so aus, daß die Söhne in dem eigenen oder in einem verwandten Unternehmen gut bezahlte Posten übernehmen, oft ohne jede Vorbereitung und Kenntnis der Dinge. Das ist nach Hitler die „Auslese der Tüchtigkeit“. Der völkische Abgeordnete von Graefe schrieb in den „Deutschen Nachrichten“ vom 11. Mai 1930, daß ihm ein bekannter Großindustrieller gesagt habe: „Das Wirtschaftsprogramm Hitlers ist natürlich Unsinn, ich unterstütze keine Bewegung aber, weil sie die Arbeiter aus der Sozialdemokratie herausholen will.“ Dazu hat Hitler auch seine „sozialistische Theorie“ aufgestellt, die ebensolch Unsinn ist wie sein Wirtschaftsprogramm.

Auf dem gleichen geistigen Niveau steht eine andere Erklärung Hitlers: „Es gibt keinen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Dieser sogenannte Unterschied ist bestenfalls doch nur ein Schreibstiftunterschied.“ Die „Auslegung“ mag die Anhänger Hitlers zufriedenstellen, nicht aber einen denkenden Arbeiter. Kein Mensch ist in der Lage, sich aus solchen Erklärungen ein richtiges Bild machen zu können. Hitler und seine näheren Freunde sind übrigens selbst davon überzeugt. Sie legen sich jetzt auf die Erklärung, daß sie sagen, der Nationalsozialismus werde erst zeigen, was er ist, wenn sie die Macht besitzen. Und Hitler selbst hat gesagt: „Wir haben ja ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können, den Faschismus Mussolinis!“ Den Gewerkschaften sagt diese Erklärung genug. Der italienische Faschismus hat die Gewerkschaften zerhauen, die Gewerkschaftshäuser beschlagnahmt, das Vermögen der Gewerkschaften geraubt, nur eins hat er nicht getan, nämlich die Unternehmer nicht angerührt. Ihre Verbände zur Knebelung der Arbeiter hat der Faschismus nicht angefaßt, ja, er hat den Unternehmern eine Macht in die Hände gespielt, wie sie sie vordem nicht besessen haben. Für diesen „Sozialismus“ Hitlers bedanken sich die Arbeiter.

Der Sozialismus, den die Gewerkschaften vertreten, will der Arbeiterschaft helfen, will ihre Lebenslage verbessern, will bessere Wohnungen für die Arbeiter, will eine bessere Erziehung ihrer Kinder. Der Führer der suberendenden Nationalsozialisten aber erklärt zynisch und höhnisch: „Wir haben keine sozialen Reformen durchzuführen, weder Häuser zu bauen, noch Volksspeisungen einzurichten. Unser soziales Examen haben wir erst nach der Machtergreifung abzulegen. Heute müssen wir uns nur Gedanken machen darüber, was wir jetzt tun wollen.“

Der Sozialismus der freien Gewerkschaften will das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Der nationalsozialistische Führer Gottfried Feder aber schreibt: „Mitbestimmen, Mitbestimmen, Mitbestimmen sind marxistische Ideen, die grundtätlich abgelehnt werden müssen. Die Forderungen nach Mitbestimmung und Mitbestimmung in der Wirtschaft führen mit unausbleiblicher Zwangsläufigkeit zum Bolschewismus.“ In dem Hitlerschen „sozialistischen Staat“ haben also die Arbeiter nicht mitzureden. Es wendet sich diese Theorie gegen die wichtigsten Forderungen der Gewerkschaften.

Hitler hat im Laufe von wenigen Jahren von seinem „Sozialismus“ gewaltige Teile abstreifen müssen. In den ersten Jahren nach der Gründung seiner Partei sprach er, um Arbeiter zu gewinnen, vom „raublustigen Kapitalismus“. Das hat den kapitalistischen Geldgebern nicht gepasst und Hitler trat, um seine finanzielle Rückenbedeckung nicht zu verlieren, Rückzug um Rückzug an. Dem Abschnitt 17, der die unentgeltliche Enteignung des Bodens für gemeinnützige Zwecke fordert, gibt er jetzt folgende Auslegung: „Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der NSDAP, von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig: Da die NSDAP auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „unentgeltliche Enteignung“ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrentmässige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohles verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften.“

Was bleibt nach dieser Erklärung jetzt noch von der „unentgeltlichen Enteignung“ übrig? Das Geschwätz von den „jüdischen Grundspekulationsgesellschaften“ ist nichts weiter als faule Ausrede. Um noch etwas aus diesem „Programm“ zu retten, müssen die Juden herhalten. Den Arbeitern wird Hitler mit dieser „Auslegung“ nicht imponieren, sie wissen aus Erfahrung, die sie täglich in ihrem Betriebe machen, daß der christliche Unternehmer nicht besser ist als der jüdische. Ja, es ist eine traurige Wahrheit, die man hier feststellen muß, aber es ist so, daß der jüdische Unternehmer seinen Arbeitern gegenüber anständiger und menschlicher ist als der christliche.

Man kommt danach zu dem Ergebnis, daß die Hitlerpartei mit dem Wort „Sozialismus“ nur Betrug treiben will. Zynisch und offen geben die Führer der Nationalsozialisten selbst zu, daß sie mit den verschwommenen sozialistischen Gedankengängen, die sie in ihrem Programm aufgenommen haben, die Arbeiter betrügen wollen. Der Führer der Berliner Nationalsozialisten, Dr. Goebbels, hat erklärt: „Für uns ist der Sozialismus nur Mittel zum Zweck.“ Und Gottfried Feder sagte im Reichstag: „Sie haben gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen zu unterschieben.“ Nach solchen klaren und eindeutigen Geständnissen weiß jeder Gewerkschafter, was er von den Nationalsozialisten zu halten hat.

Verbandsnachrichten

Berichte aus den Zahlstellen

Alten. (Jahresbericht.) Unsere Generalversammlung, die am 10. Januar stattfand, konnte sich eines sehr guten Besuches erfreuen. Der Vorsitzende, Kamerad Fröstner, begrüßte die Kameraden und sprach den Wunsch aus, daß die Monatsversammlungen immer so gut besucht sein mögen wie heute. Der Schriftführer verlas das Protokoll, das einstimmige Annahme fand. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Er schilderte die schlechte Wirtschaftslage im verflorenen Jahr; die Baukonjunktur war sehr mäßig. Es war nicht möglich, alle Kameraden, wenn auch nur vorübergehend, in Arbeit zu bringen. 11 Versammlungen waren notwendig, um die laufenden Geschäfte zu erledigen. In 2 Versammlungen sprach Gauleiter, Kamerad Kempf, über aktuelle Tagesfragen. In 2 Versammlungen war der Kamerad Buck aus Stuttgart anwesend. Weiter haben 3 Vorstandssitzungen stattgefunden, darunter eine mit dem Bauarbeiterverband. Gebaut wurden im Jahre 1930 21 Wohngebäude mit 55 Wohnungen, 21 Um- und Aufbauten und 27 sonstige Bauten. Am Arbeitsgericht hatten wir zwei Fälle zu erledigen, die zugunsten unserer Kameraden durchgeführt werden konnten. An dem Funktionärkursus in der Emmerhäuser Mühle haben die Kameraden Fröstner und Wolfmeier und an der Jugendleiterkonferenz auf der Comburg, Kamerad Fersmeier teilgenommen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es ein arbeitsreiches Jahr für die Zahlstelle war. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht vom vierten Quartal; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In den darauffolgenden Wahlen wurde der Gesamtvorstand wiedergewählt und ihm für seine Mühe der Dank der Kameraden ausgesprochen. In Zahlstellenangelegenheiten wurde der Beschluß gefaßt, daß am 8. Februar eine Versammlung stattfinden soll, in der Gauleiter, Kamerad Kempf, einen Lichtbildvortrag halten wird. Zu dieser Versammlung sollen auch die Familienmitglieder eingeladen werden. Hierauf schloß der Vorsitzende nach einem Appell an die Kameraden, treu zum Verbandsverband zu stehen, die gut verlaufene Versammlung.

Blankenburg am Harz. (Jahresbericht.) Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Zu Puff 1 nahm der Vorsitzende das Wort und gab einen Rückblick über das verflorenen Jahr, das für unser Zahlstellengebiet ein außerordentliches Krisenjahr darstellte. Im Laufe des Jahres wurden insgesamt 11 Versammlungen abgehalten. Der Vorsitzende ermahnte die Kameraden in diesem Jahr die Versammlungen besser zu besuchen. Der Mitgliederstand betrug zu Beginn des Jahres 59 Kameraden, davon 10 Lehrlinge; am Schluß des Jahres 63 Kameraden, davon 6 Lehrlinge. Anschließend wurde der Jahreskassenbericht von Kamerad Nabert erstattet. Die beantragte Entlastung wurde dem Kassierer einstimmig erteilt. Die Vorstandswahl ergab Wiedewahl der bisherigen Kameraden. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Braunsberg. Die am 14. Januar tagende Generalversammlung konnte sich eines guten Besuches erfreuen. Der Vorsitzende begrüßte in üblicher Form die anwesenden Kameraden und schilderte anschließend den Verlauf des vergangenen Jahres. Noch keine Wirtschaftskrise hat derart verheerende Wirkungen erzeugt als die gegenwärtige. Noch nie war ein so großer Teil unserer Kameraden zum Nichtstun verurteilt, als im Jahre 1930. Die Folge war, daß viele Kameraden aus der staatlichen Erwerbslosenunterstützung ausgesteuert wurden und der Wohlfahrtsfürsorge zur Last fielen. Den guten Willen zu helfen, hat unser Zentralvorstand an alle diejenigen, die von der Verbandsunterstützung ausgesteuert sind, durch eine Weihnachtsbeihilfe gezeigt. Die angekündigte Preisförmung hat Fiasko erlitten. Die Kaufkraft geht infolge der Arbeitslosigkeit immer mehr zurück. Dem zum Frühjahr angekündigten Lohnabbau wird ein geschlossenes Eintreten der Gewerkschaften bedürfen, um den Unternehmeranstürmen standzuhalten. Zur Erledigung der Verbandsgeschäfte wurden 11 Mitgliederversammlungen und 2 Vorstandssitzungen einberufen. Außerdem hielt Gauleiter, Kamerad Finsel, einen Lichtbildvortrag über die Entwicklung und den Werdegang unseres Verbandes. Anschließend verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal, und es wurde auf Antrag der Revisoren, die Bücher, Belege, Marken- und Kassenbestand geprüft und in bester Ordnung befunden hatten, dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf wurde vom Kassierer der Jahresbericht gegeben. Besonders wies er darauf hin, daß die Kameraden, die schon längere Zeit arbeitslos sind, den Mut nicht verlieren und treu zu unserm Banner stehen und ihre Mitgliedsbücher in Ordnung halten sollen. Weiter führte er aus, daß die schlechte Arbeitsmarktlage auch die Agitation im Zahlstellengebiet stark behindert habe und nicht von dem Erfolg begleitet war, den man zu Beginn des Jahres sich erhoffte. Es wäre wünschenswert, daß sich jeder Kamerad an der Agitation mehr beteiligen möchte, da wir im Bereich des Zahlstellengebietes immer noch unorganisierte Zimmerer zu verzeichnen haben, die wir unbedingt in unsere Reihen eingliedern müssen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Kamerad Baumgarth sprach dem Vorstand für die geleistete Arbeit den besten Dank aus, und wünschte, daß derselbe die an ihn gestellten Forderungen auch weiterhin zum Wohle der Zahlstelle erledigen möge. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten, ermahnte der Vorstand die Kameraden, an den Versammlungen sich noch reger zu beteiligen und schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf unsern Zentralverband.

Delmenhorst. (Jahresbericht.) Das Jahr 1930 war eine allgemeine Enttäuschung, denn wir vom Baugewerbe hofften doch, da die Wohnungszust nirgends behoben ist, daß die Bautätigkeit wieder in stärkerem Maße

einsetzen würde. Leider ist es anders gekommen; die Bautätigkeit kam fast ganz zum Erliegen. Im Durchschnitt waren mehr als 50 % unserer Kameraden arbeitslos. Von unserer Zahlstelle, die 281 Mitglieder zählt, waren im Berichtsjahre 61 Kameraden ganz ausgesteuert, beim Verbands 123. Die Zahlstelle hatte am Schluß des Jahres 1929 284 Mitglieder, davon 27 Lehrlinge. Am Jahresschluß 1930 betrug die Mitgliederzahl 281, davon 18 Lehrlinge. In Versammlungen wurden 10 ordentliche, 1 außerordentliche Versammlung und 11 Vorstandssitzungen abgehalten. In Unterstützungen wurden an unsere Mitglieder aus der Lokalkasse 3051,75 M., aus der Zentralkasse 10844,75 M. ausgezahlt. Im Berichtsjahre sind wir von unserm früheren Vereinslokal nach unserm neuen Heim, dem Volkshaus, übergesiedelt, wo wir auch ein eigenes Bürozimmer haben. Die Bautätigkeit der Stadtgemeinde im Jahre 1930 ist folgende: Bei der Baupolizei waren 184 Anträge auf Bewilligung von Bauvorhaben eingereicht, genehmigt und von privater Seite ausgeführt worden. Aus den Landgemeinden ist über die Bautätigkeit nichts Genaueres berichtet, da sie einer haupolizeilichen Genehmigung nicht unterworfen sind, und durchweg die Arbeiten ohne Gesellen ausgeführt werden. Hat daselbst ein Unternehmer eine größere Arbeit, dann helfen die kleinen Kräfte mit ihren Lehrlingen sich gegenseitig aus. Einen großen Krebschaden für das Zimmerhandwerk bilden die Leute, die ihre Arbeitslosigkeit dadurch zu mildern suchen, daß sie alle ihnen nur eben gebotene Arbeit annehmen. Vielfach haben diese noch nie als Geselle gearbeitet und arbeiten manchmal für Preise, die unter Lehrlingslohn stehen. Sie suchen dann einen Ausgleich dadurch, daß sie die Arbeitszeit dementsprechend ausdehnen. Würden diese eine gewerkschaftliche Schulung genossen haben, dann würden sie diese Lohndrückerei nicht machen. Unsere Werbetätigkeit hat auch unter der Arbeitslosigkeit sehr gelitten. Wenn man glaubte, hier oder dort Verbindungen zu bekommen, dann war der Betreffende schon wieder entlassen. Aus diesem Grunde konnte sich auch das Plazdeliertensystem nicht auswirken und ebenso die Bücherkontrolle. Unsere Werbearbeit in der Gemeinde Ostlingen mußte aufgegeben werden, weil auch hier die Gesellen keine Arbeit mehr fanden. Die Lehrlingsbewegung ist im letzten Jahre etwas ins Stocken gekommen, das in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß keine Gesellen beschäftigt wurden. Die Zusammenkünfte der Lehrlinge waren durchweg schlecht besucht. In Streitfragen hatten wir einen Fall wegen Nicht-einhalten der tariflichen Arbeitszeit. Sie wurde geregelt. Vor das Arbeitsgericht wurden 4 Sachen gebracht, davon 3 wegen Lohnangelegenheiten, diese wurden zu unserm Gunsten entschieden. Eine Sache wegen Entlassung der Lehrlinge auf der NWK wurde durch einen Vergleich beendet. Die NWK hat die Lehrlinge, die am 12. Dezember 1929 entlassen wurden, wieder einzustellen, und als entgangenen Lohnausfall 100 Stunden nachzuschlagen. Die Bauarbeiterprüfungskommission hat die Bauten kontrolliert, besondere Mißstände wurden nicht festgestellt. Nachdem der Kassenbericht entgegengenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt war, erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Der bisherige Vorstand wurde insgesamt wiedergewählt. Nachdem der Vorsitzende noch in kurzen Worten auf den Ernst der Zeit hingewiesen, und an die Kollegen appellierte, alles daran zu setzen, auch den letzten uns noch fernstehenden Kameraden dem Verbandsverband zuzuführen, schloß er mit einem Hoch auf unsern Verband die Versammlung.

Elbing. (Jahresbericht.) Am 11. Januar fand die Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des verstorbenen Kameraden Paul Hofmann. Vier Kameraden konnten auf eine 25jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Gauleiter Kamerad Finsel stellte mit Genugtuung fest, daß es ihm vergönnt sei, den alten Kämpfern, die noch heute in unsern vordersten Reihen stehen, die Glückwünsche des Zentralvorstandes und der Gauleitung persönlich zu überbringen. Im weiteren Verlauf der Versammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Im Berichtsjahre haben 12 Monats- und 2 Funktionärversammlungen stattgefunden. Die Versammlungen waren insgesamt von 425 Kameraden besucht. Die Mitgliederzahl bewegt sich in derselben Höhe wie im Vorjahre. Vier Streitfälle hat die Zahlstellenleitung mit Erfolg durchgeführt. Das Jahr 1930 war ein Jahr schwerster wirtschaftlicher Krise, daher war die Arbeitsmarktlage sehr ungünstig. Es waren in den Wintermonaten 93 % der Kameraden arbeitslos und in den besten Konjunkturmonaten 50 %, einschließlich der Lehrlinge. Trotz des heftigen Ansturms der Arbeitgeber, die auf 10 % Lohnabbau beharrten, blieb der alte Lohn von 1,10 M. einschließlich Gehirzulage. Das Lohnabkommen wurde für Ostpreußen erneut vom Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt. Der Vorsitzende ermahnte daher, noch mehr als bisher Solidarität zu üben, denn nur durch organisatorische Geschlossenheit kann die Willkür der Unternehmer abgewehrt werden. Anschließend gab der Jugendleiter einen Bericht über die Jugendabteilung. Am Anfang des Jahres betrug die Mitgliederzahl 52 Jungkameraden, am Ende 38. Trotzdem am Ende des Jahres die Jungkameraden von unserer Organisation besser erfaßt waren als am Anfang desselben. Also kann ein Rückgang in der Lehrlingszucht festgesetzt werden. In Veranstaltungen waren: 8 Vorträge mit 99 Besuchern, 10 Les- und Diskussionsabende mit 142 Besuchern, 7 Versammlungen mit 68 Besuchern, 19 Modelierabende mit 204 Besuchern, 2 Unterhaltungsabende mit 27 Besuchern, 2 Wanderungen mit 33 Teilnehmern, 1 Besichtigung mit 14 Besuchern, 1 Konzert mit 5 Besuchern. Außerdem beteiligte sich ein großer Teil der Jungkameraden an den Veranstaltungen des Jugendkartells. Bei den Neuwahlen wurde die gesamte bisherige Zahlstellenleitung wiedergewählt. Nachdem noch verschiedene Verbandsangelegenheiten zu erledigen waren, wurde die von einem guten Gewerkschaftsgeist getragene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband und den vier Jubilaren geschlossen.

Erding. (Jahresbericht.) Am 28. Dezember fand unsere Jahresversammlung statt, zu der auch der

Gauleiter, Kamerad Schönamsgruber, erschienen war. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung sowie den Jahresbericht bekannt. Eine große Menge eingelaufener Schriften wurde behandelt. Hausagitationen wurden getrieben, aber leider ohne Erfolg. Die große Arbeitslosigkeit und der Stadtratsbeschluss, daß auswärtige Kameraden nicht beschäftigt werden dürfen, hatte eine Abnahme der Mitglieder zur Folge. Die Tariflöhne wurden teilweise nicht ausgezahlt. Das Angebot an Arbeitskräften und die schlechte Wirtschaftslage nutzten die Unternehmer aus. Hierauf referierte Kamerad Schönamsgruber. Er behandelte das Thema: „Die Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und gewerkschaftliche Forderungen.“ Die Arbeitszeit müsse verkürzt werden, um die Kameraden in den Arbeitsprozess einzureihen. Am Tariflohn müsse festgehalten werden, sonst schädigten wir uns selbst; auch müssen wir gerüstet sein bei den kommenden Tarifverhandlungen. Nebener meinte, daß sich die Forderungen der RGO, 2 M. Stundenlohn und Siebenfundentag nicht verwirklichen lassen. Diese Forderungen wären nur eine Provokation. Mit großem Interesse wurde das Referat angehört. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Am Schluß der gut besuchten Versammlung wurde die Weihnachtsunterstützung ausgezahlt.

Gotha. Die diesjährige Generalversammlung stand unter dem Zeichen der Einigkeit und Entschlossenheit der Kameraden. Der Kampfeswille in geschlossener Front, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und Befreiung der Verschlechterungen der Sozialversicherung ist Allgemeingut geworden. Der Vorstandsbericht kennzeichnete deutlich, daß das Berichtsjahr 1930 unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise und unter der erheblichen Erwerbslosigkeit der Zahlstelle stand. Die bestehenden Verhältnisse verursachten größere Ausgaben aus der Lokalkasse. Neben der Neuananschaffung, die die Verwaltung zur Organisationsarbeit benötigte, wurden 300 M. für die erwerbslosen Kameraden als Weihnachtsunterstützung verausgabt. Die erst im Berichtsjahr gegründete Jugendgruppe konnte als Erfolg der Zahlstelle gebucht werden. Weitere Richtlinien für die Arbeit der Jugendgruppe fanden Zustimmung. Die Neuwahl brachte eine Wiedewahl der alten Verwaltung. Der Besuch der Zahlstellenversammlung kann nicht als befriedigend bezeichnet werden. Die Wirtschaftskrise sowie der Ablauf unseres Tarifes am 31. März 1931 gebietet eine geschlossene und aufgeklärte Front den Unternehmern gegenüber. Deshalb hebt den Versammlungsbesuch durch Erscheinen und halbt jeden zweiten Dienstag im Monat für die Zahlstellenversammlung frei.

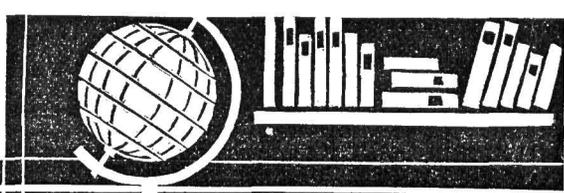
Greifswald. (Jahresbericht.) Mit einem Neujahrsgruß an die Kameraden eröffnete Kamerad Freese die Versammlung. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Zur Erledigung der Verbandsgeschäfte waren 5 Vorstandssitzungen und 13 Versammlungen notwendig. Auf dem Arbeitsgericht wurden drei Klagen geführt, leider fiel eine zugunsten unserer Kameraden aus. Mehrere Fälle wurden im Spruchauschuß und in der Schlichtungskommission vertreten. Ferner wurden 5 Firmen aufgefördert, den Tariflohn zu zahlen. Auch hier war ein Erfolg zu verzeichnen. Leider mußte hier im Zahlstellengebiet auch festgestellt werden, daß Kameraden aus andern Zahlstellen auf den Eiedlungen Akkordarbeit leisteten. Es ist von der Zahlstelle sofort dagegen eingeschritten worden. Ob aber der Akkord unterlassen ist, kann vom Vorstand aus nicht mit Sicherheit festgestellt werden. In der Versammlung kam allgemein der Wunsch zum Ausdruck, daß vom Zentralvorstand, respektive von der Gauleitung mehr gegen das Akkordsystem in den einzelnen Zahlstellen unternommen werden muß. Das Organisationsverhältnis ist als gut zu bezeichnen. Von den bei den Unternehmern beschäftigten Zimmerern haben wir drei als unorganisiert zu verzeichnen.

Groß-Zimmern. (Jahresbericht.) Zurückblickend auf das Jahr 1930, können wir feststellen, daß es in wirtschaftlicher Hinsicht viele Schwierigkeiten gebracht hat. Im verflorenen Jahre fanden 7 Mitglieder- und 2 öffentliche Versammlungen, sowie 8 Vorstandssitzungen statt. Der Versammlungsbesuch war sehr mäßig, von 116 Mitgliedern haben 63 überhaupt keine Versammlung besucht. Anschließend gibt der Kassierer den Jahreskassenbericht und die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Da alles in Ordnung war, wurde auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl machte keine Schwierigkeiten, da der alte Vorstand wiedergewählt wurde; als Unterassessor wurde Kamerad Karl Herbert bestimmt, als Jugendleiter Kamerad Jean Klobber. Einem Kameraden, der längere Zeit krank war, wurde eine einmalige Beihilfe von 15 M. gewährt. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Hagen. Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der vom Vorsitzenden erstattete Jahresbericht ließ erkennen, daß die furchtbare Wirtschaftskrise auch die Zahlstelle stark in Mitleidenschaft gezogen hat. Alle Kameraden waren darüber einig, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß notwendiger sei als jemals. Von 154 Mitgliedern der Zahlstelle waren 118 Kameraden das ganze Jahr hindurch ohne Arbeit. Erfreulich ist es, festzustellen, daß die Zahlstelle durch die große Arbeitslosigkeit nicht in ihrer Geschlossenheit gelitten hat. Am Arbeitsgericht wurden 6 Klagen erfolgreich durchgeführt. Die Schlichtungsinstanzen mußten in 3 Fällen eingreifen. Die 11 Versammlungen, die abgehalten wurden, waren nur mäßig besucht. Auch die Bildungsarbeit wurde nicht vernachlässigt. Kassengeschäftlich hat sich die Lokalkasse gut gehalten. Dem Vorstand wurde durch Wiedewahl das Vertrauen ausgesprochen. Am Schluß der Versammlung besaßen sich die Kameraden mit dem Ablauf des Reichstarifvertrages. Sie waren darüber einig, daß alles eingesetzt werden muß, um die Interessen der Zimmerer zu wahren. Mit der Aufforderung, die Vorträge des Ortsausschusses zu besuchen, fand die Versammlung ihr Ende.

(Fortsetzung der Berichte auf Seite 46.)

UNTERHALTUNG WISSEN



Zur Geschichte der Abgrenzung der Arbeitsgebiete im Zimmerer- und Tischlerhandwerk

Kulturhistorische Studie von Arno Rapp, Leipzig.

Im Jahre 1595 war zwischen dem Handwerk der Zimmerer und dem der Tischler zu Leipzig ein Streit ausgebrochen über die Abgrenzung ihrer Arbeitsgebiete, der auf beiden Seiten mit großer Erbitterung geführt wurde. Dieser Streit — an dem sich auch die Gesellen beteiligten, waren doch auch deren Belange gefährdet — wurde zwar im Jahre 1619 eingestellt, wahrscheinlich in Anbetracht des Dreißigjährigen Krieges, er lebte aber sofort wieder auf, als der Friede zu Münster und Osnabrück dem großen Kriege ein Ende gemacht hatte. Erst im Jahre 1655, am 6. Dezember, gelang es, diesen gewaltigen Prozeß durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen, nachdem er ein Vermögen verschlungen hatte. In dieser vor dem Rate getroffenen Vereinbarung wurde den Zimmerern vergönnet und nachgelassen, daß sie:

1. „drey Bretthe und mehr nicht zusammenleimen und damit fertigen mögen, nämlich: Stuben zu täffeln, Decken und Fußböden in Stuben, Kammern und auff den Sälern, auch auff das Taffelwerk und Decken eine Leiste darauff zu machen, in gleichen Bänke zu verfertigen, jedoch dergestalt, daß die Beine nicht eingeschoben, sondern darunter genagelt werden sollen.“

2. Die Gesimße, so die Zimmerleute machen, sollen sie auff einander nageln und keine Rälberzähne, wie in gleichen auch keine Kracksteine darunterleimen. Do sie aber Kracksteine von geschweiften Bretthern, Pfoften oder Holze machen und solche unter die Gesimße nageln würden, ist ihnen solches, wie auch eine ausgestoßene Leisten erlaubt und zugelassen.

3. Die Thüren sollen die Zimmerleute mehr nicht denn von dreym Bretthern zusammenleimen und die Leisten mit eisern Nageln darauff auffnageln.

4. Es sollen auch die Zimmerleute sich enthalten, die Thür- und Fenster-Kasten ganz zu schließen, sondern solche, wie die auch seyn mögen, über einander schneiden oder zapfen.

5. Geschweiffte oder durchbrochene Bretther vor die Treppen in einem Bund oder Zapfen eingesezt, verbleiben beiden Handwerken zugleich; die andern geschweifften und durchbrochenen Bretthe vor die Gänge gebühren den Zimmerleuten allein. Was aber die Gatterwerke von geschweifften und gedrehten Säulen auff die Gottesäcker anbetriefft, selbige sind dem Tischlerhandwerk ganz alleine.

6. Die Bogen in die Gewölber, wie auch in die Begräbnisse auszufhalen, verbleibet dem Zimmerhandwerk, weil sie die Bogen oder Kreuzbogen mit in ihre arbeit abbinden und zulegen müssen, jedoch sollen sie keine Füllung oder Schnitzwerk darauff machen, eine leiste aber über die Fugen in die Ecken ist ihnen unverbotten.

7. Es ist auch denen Zimmerleuten vergönnet und zugelassen, an die Ecken oder welsche Siebel Einßwert, so ausgebaut oder mit ausgestoßenen Kracksteinen und Rälberzähnen gezieret, zu verfertigen.

Do aber ein Bauherr noch anderen und mehreren Zierrath oder Schnitzwerk daran machen lassen wolte, siehet alsdann dem Tischlerhandwerk gar wohl zu, solches zu thun und zu verrichten.

8. Was nun im übrigen andere Tischlerarbeit belanget, als da sind: eingesezte, eingelegte und auf den Grat eingeschobene gefütterte Fenster-Rahmen, sowohl aufgezogene und heilige Christ-Arbeit, Idem (-ebenso) eingeschobene Stühle und Bänke, sie haben nahmen wie sie wollen, in gleichen Schreine oder Säрге mit hohen oder niedrigen Decken, wie auch Pack-Kasten, sie sind gehobelt oder ungehobelt, und andere dergleichen Dinge, dessen allen und jeden sollen die Zimmerleute sich gänzlich enthalten und ihnen hiermit verboten seyn, es were denn, daß ein Zimmermann vor sich selbst in seinem Hauße zu seiner eigenen Nothdurfft etwas bedürffe und er solches machen könnte, soll ihm dasselbe alßdenn vergünstiget, aber sonst anders Gestalt in geringsten nicht nachgegeben noch verstatet werden.“

Dem Tischlerhandwerk dagegen war es auf Grund dieses Vergleiches nicht gestattet, Buden anzufertigen oder auch nur zusammenzunageln. Man sorgte also gleichzeitig dafür, daß das Aufstellen der Meßbuden dem Zimmererhandwerk verblieb. Das Anfertigen von Budenregalen sowie auch die Herstellung sogenannter „Tafelstuden mit angefaßten Hornleisten“ war beiden Handwerken gestattet. Die Vereinbarung forderte, daß kein Tischler ein Wetterdach machen dürfe, sondern diese Arbeit verblieb dem Zimmererhandwerk allein.

„Die rauben Unterschiedungen und andere von einem Bretthe sollen den Zimmerleuten allein gelassen werden, die Unterschiedungen aber von ein, zwey und drey Bretthern, in eine Nuthen gesteket, verbleiben beyden Handwerken zugleich.“

Das Anfertigen von „Wendeltreppen“ galt ebenfalls für Zimmermannsarbeit, „was aber die Treppen, so etwa einer Ellen breit, oberhaupt, da die Stufen auff den Grad eingeschoben seynd, wie auch die zusammengelegten Leitern in die Gewölbe anbelangt, solche sind dem Tischlerhandwerk vergönnet und zugelassen.“

„Die Böden von einfachen Bretthern mit dem Spande zu machen, siehet allein den Zimmerleuten zu“, was aber sonst gehobelt, gesügt und geleimt wurde, verblieb beiden Handwerken zugleich.

Das Tafelwerk für die Badstuben, „so mit Sturz Bretthern und Riemen“ angelegt wurde, galt als Zimmermannsarbeit, „ein Bretth aber samst einer leisten über die fugen, soll beyden zu machen ungewehret seyn. Die eingeschobenen Decken, so zwischen die Balken selbweise von drey Bretthern zusammengeleimt und verleistet werden, wein solches Zimmermannsarbeit ist, und sie die Balken, ehe und zuvor sie einen Bau auffrichten, außziehen, auch oftmahls Füllhölzer einlegen müssen, verbleibet dem Zimmerhandwerk allein. Die Balken oder ein Füllholz aber zu verkleiden, ist beyderseits Handwerken zugleich verstatet.“

„Die Hausenden (gemeint sind die Regenrinnen) in die Wassertröge zu machen gebühret den Zimmerleuten“, den Wassertrog aber zu verkleiden oder eine Decke darauff zu machen, ist Tischlerarbeit.

Kein Tischler durfte Planken machen oder solche mit Bretthern oder Latten ausbessern, auch war es ihnen nicht gestattet, „Geländerwerk in die Gärten, noch Knöpfe auff die Säulen, auch keine Hauben oder Spitzen oder andere darzugehörige arbeit, als Portale und dergleichen, zu machen, noch dieselben mit Latten beschlagen, sondern dies alles soll denen Zimmerleuten zustehen und verbleiben.“

Zimmermannsarbeit war es auch, Röhren „in die Heimlichkeiten“ (Abtritte) zu machen sowie die großen Pressen zu verfertigen, deren sich Färber, Tuchmacher, Buchbereiter und andere Handwerker bedienten. Die Saftpresen verblieben beiden Handwerken.

Wer eine dieser Vorschriften übertrat, mußte 10 Taler Strafe zahlen, wovon die eine Hälfte die Behörde erhielt, die andere aber in die Innungskasse floß.

Als im Jahre 1713 abermals zwischen den beiden Handwerken ein Streit auszubrechen drohte, und zwar über die Frage, von wem die Austraßgänge und Erker an den Barockbauten der Stadt zu machen seien, schloß man zur Vermeidung eines kostspieligen Prozesses im September 1715 folgenden Vergleich:

1. „Ist dem Tischlerhandwerk vergönnet und zugelassen, die Austraß-Erker, so sie verfertigen, stärker nicht als von zweene Zoll starken und festen Pfoften zusammen zu machen.“

2. Sollte aber auf dem Austraß-Erker eine Gallery oder Gang gemacht werden, kommt solches zu machen dem Zimmerhandwerk alleine zu.“

Eraten irgendetwie Streitigkeiten zwischen dem oder jenem Arbeitsgebiete auf, dann schlichtete sie der Rat auf Grund dieses Vertrages vom Jahre 1655, der die Arbeiten beider Handwerke eng umgrenzte.

Kleiner Rollfilm.

Es ist noch nicht 9 Uhr. An der Tür des Verbandsbüros stehen wir Kameraden und warten auf das Öffnen. Zum Auszahlungstag der Erwerbslosengelder ist der Besuch etwas flotter, obwohl doch die meisten Kameraden angesteuert sind.

Ich weiß bestimmt, daß noch 5 Minuten an der Öffnungszeit fehlen, doch verschiedene Kameraden behaupten, die Zeit sei hin. Schon fängt einer an zu murren: „Die sind aber auf die Minute, die frühstücken wohl noch?“

„Na, Kamerad, ich will dir mal was sagen“, beginne ich, „was würdest du wohl machen, wenn heute dein Polier auf deiner Baustelle zur Mittagszeit 5 Minuten eher abpfeifen würde? Du würdest einfach nicht anfangen, würdest sogar den betreffenden Polier für verrückt erklären, weil du deine vorgeschriebene Ruhepause beanspruchst.“

„Na, das ist doch mal klar, aber hier kann...“ Im Schlüsselloch raffelt der Schlüssel. An der Uhr im Verbandsbüro steht der Zeiger auf 9 Uhr.

Man hat nun etwas Geld einzustecken. Nur einmal in der Woche passiert die „Sünde“; man setzt sich zu einem Glas Bier in die Volkshauschwemme. Es sind noch mehrere Arbeiter anwesend, und weil man weiter nichts zu tun hat, unterhält man sich mit seinem Nachbar.

Die Meinungen gehen auseinander. Mein Nachbar geht, ich habe denselben Weg und gehe mit. Bei einer Wegkreuzung macht er mir klar, daß er noch in das betreffende Warenhaus wolle. Ich stuzte. „In dieses Warenhaus willst du; weißt du denn nicht, daß dieser Lump von Warenhausbesitzer nicht mal Tariflöhne seinen Angestellten zahlt — und du willst — ausgerechnet du — weil du vorhin Geld im Verbands abgehoben hast — diesem Kerl dein Geld zutragen...?“

Er ließ sich aber nicht beirren, trotzdem ich ihm genau erklärte, daß dieses Geld, das ausgesprochenes Arbeitergeld ist, in Arbeiterorganisationen bleiben muß. Das Geld gehöre bestimmt in den Konsumverein.

Im hiesigen Volkshaus ist eine Filiale der Lindcar-Fahrräder. Und allemal, wenn ich vorbeifahre, muß ich an den Schaufenstern stehen bleiben. Mustere die schmuden Räder, und der Wunsch wird immer dringender: mein altes Rad mit so einem neuen umzutauschen. Doch und Aber drängen sich dazwischen. Arbeitslosigkeit knebelt den Geldbeutel und so muß das alte eben immer wieder gehen.

Im Radschuppen des Volkshauses stelle ich mein Rad ein, muß eine Gasse von Rädern durchlaufen, ehe ich einen freien Stand finde. Beim Zurücklaufen studiere ich die Marken der neuen Räder. Resultat: Germania, Opel, Nafa, Nifa und wie alle die privaten Unternehmen

heißen, wechseln nur so ab. Nur wenige Räder tragen den Namen „Lindcar“.

Nun weiß man doch genau, daß die Besitzer der Räder Gewerkschaftsmitglieder sind, sonst würden sie nicht im Radschuppen des Volkshauses stehen.

Hier hilft weiter nichts als, kommt mal so einer mit so einer „privaten Marke“ angefahren, dem gehörig die Wahrheit sagen, wie: „Du kaufst bei deinem Unternehmer, damit er dir bei der ersten Gelegenheit deinen Lohn abbauen kann.“

Drüben im österreichischen, in der Nähe von Salzburg, haben sich vier Walzbrüder auf einer fetten Wiese niedergelassen. Die Sonne steht heiß am Himmel, und unmittelbar an der Wiese plätschert ein Bächlein, das den müden Körpern der Tüppelbrüder frische Luft zufächelt.

Walzbrüder haben Zeit und guten Humor. Wie ausgestorben ist diese Gegend, kein Mensch weit und breit zu sehen. Nur das Summen von Käfern und Bienen erfüllt die Luft. Das schönste Wetter, Sonnenbad zu machen. Schon liegen die Sachen im Grase, und vier Menschen ohne Badehose wagen dem Gesetz zu trotzen.

Da schreiet einer von den vieren, wie Adam im Paradiese (ohne Feigenblatt), dem Bache zu, läßt seine Zehen vom frischen Wasser umpülen und hebt dann einen gewaltigen Stein aus dem Wasser, den er leuchtend zu den dreien zurückbringt.

„Wer stößt den Stein am weitesten?“ ruft einer und schon ist er in den Händen des Auszurers. Seine Muskeln spannen sich unter der Anstrengung. Jetzt hat er ihn in Kugelstoßlage gebracht. Wie eine Zeitgestalt steht er auf der Wiese. Je...! — Lautes Röhren hinterm Buschwerk. Der Körper entspannt sich, der Stein fliegt zur Seite; drüben eilen drei Mägde unter Lachen von dannen. Sie hatten ein Schauspiel von ganz besonderer Dramatik gesehen.

Otto Reschkeil.

Das Schicksal einer Wurststulle

Von Dr. Curt Kayser.

Menschen und Tiere haben ihre Schicksale, auch Büchern sagt man solche nach, aber eine Wurststulle —? Nun, lieber Leser, das Schicksal einer Wurststulle, die man wohl ohne weiteres Nachdenken verzehrt, ist eigenartig, ist interessant.

Zunächst nehmen wir an der Wurststulle, bevor wir sie zum Munde führen, eine Operation vor; denn da wir gut und hygienisch ergogen sind, zerschneiden wir sie mit Messer und Gabel. Kommt dann der Bissen in den Mund, so wird er hier von unsern Zähnen zermahlen. Außerdem mischt sich dem Bissen der in die Mundhöhle ergossene Speichel bei, dessen Aufgabe es ist, den Bissen nicht nur für die weitere Fahrt ins dunkle Innere des menschlichen Körpers reisefertig zu machen, sondern auch die Mehl- und Stärkestoffe (Kohlehydrate) der Nahrung in verdauliche Form umzuwandeln. Bei unserer Wurststulle ist es vorwiegend das Brot, dessen Kohlehydrate vom Speichel angegriffen werden. Nur so vorbereitet, können die Bissen unserer Wurststulle gefahrlos weiterreisen.

Mit einem kräftigen Nuck, dem Schluckakt, laufen sie auf den Schienen der Speiseröhre zu Tal und landen zu mehrstündigem Aufenthalt im Wartesaal des Körpers, im Magen. Hier geht es sehr lebhaft zu. Bald nach dem Eintreffen der Bissen gerät der ganze Magen in Bewegung und sondert für die Verdauung unseres Bissens Pepsin und Salzsäure ab. Diese leiten die Eiweißverdauung ein, das heißt sie gehen in unserm Falle den Wurststücken zu Leibe um sie in eine, zur Aufnahme in den Körper geeignete Form überzuführen. So ist allmählich im Magen aus unserer schönen Wurststulle ein feinerkleinerter Brei geworden, der in diesem Zustande seinen bisherigen Aufenthaltsraum verläßt und durch das Magentor mit kleinen kurzen Schritten in den Darm weiterwandert. Dort nehmen sich feiner, wie im Märchen, flugs eine Anzahl kleiner Heinzelmännchen, die verschiedenen Verdauungsfermente, hilfreich an. Da ist zum Beispiel der Saft der Bauchspeicheldrüse, der ein solches Heinzelmännchen zur weiteren Aufspaltung der im Munde bereits veränderten Kohlehydrate in den Darm schiebt. Da ist weiter die Galle, deren Saft in den Darm ergossen sich über das Fett oder die Butter unserer Wurststulle berrmacht und sie zusammen mit Bestandteilen des Saftes der Bauchspeicheldrüse für die spätere Aufspaltung in den Körper zurechtmacht. Hier, im Dünnarm, werden auch die Reste des Wurstbelaags weiter verändert, bis schließlich unsere ganze Wurststulle so zur Verdauung reif geworden ist. Zu diesem Zweck führt der Dünnarm gleichfalls Bewegungen aus und bringt den Speisebrei, den jetzt unsere Wurststulle darstellt, heran an die sogenannten „Darmzotten“, durch die alles für den Körper verwertbare aufgesogen und auf dem Wege über die Lymph- und Blutbahn an alle unsere hungrigen Zellen herangeschafft wird. Unverdauliche Reste werden eingedickt und unter Mithilfe von Bakterien des Dickdarms schließlich als unnützer Ballast wieder aus dem Körper herausbefördert.

Wenn wir also einen Wurststulle verzehren, so wird dadurch ein außerordentlich feiner und komplizierter Mechanismus in Bewegung gesetzt, von dessen tadellosem Funktionieren die Verdauung abhängig ist. Damit eng für uns verknüpft sind Gesundheit und Krankheit. Sorgen wir also für die Gesundheit unserer Zähne, für gutes und kräftiges Kauen, für regelmäßige Stuhleerung und bei Auftreten irgendwelcher Verdauungsstörungen für rechtzeitige ärztliche Hilfe, dann wird es uns nicht schwer fallen, Gesundheit zu erhalten und Krankheit zu verhüten, belehrt durch das Schicksal einer Wurststulle.

* Leipziger Ratshandb. II. Sect., S. 152.

Sjarlohn. Die Generalversammlung der Zahlstelle, die am 10. Januar stattfand, wurde durch ehrende Worte für den verstorbenen Kameraden Hoffmann eröffnet. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Hierauf erfolgte die Vorstandswahl. Der Kassierer, der seinen Posten nun schon 20 Jahre bekleidet, wünschte, daß ein jüngerer Kamerad nunmehr diese Funktion ausübe. Die Versammlung beschloß jedoch, die alten geschulten Kräfte auch weiterhin mit ihren Funktionen zu betrauen. Der Kassierer gab hierauf die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt. Der Vorsitzende, Kamerad Trost, gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Der Redner betonte in seinen Ausführungen die Willkür der Unternehmer und forderte die Kameraden auf, alles zu tun, um das Vorhaben der Unternehmer zu vereiteln. Die Unternehmer wünschten Lohnabbau. In der Gegenwart müssen alle Kameraden treu zum Verband stehen. Nur so könnten wir unsere Macht gegenüber dem Unternehmertum zur Geltung bringen. Die Agitationsarbeit war nicht von Erfolg. Die vom Zentralvorstand beschlossene Weihnachtsbeihilfe hat bei allen Kameraden großen Beifall gefunden. Mit der Bitte, die Versammlungen in Zukunft besser zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Kempten. (Jahresbericht.) Die am 6. Januar stattgefundene Generalversammlung war von beinahe allen Kameraden der Zahlstelle besucht. Auch unser Gauleiter, Kamerad Schönamsgruber, München, war erschienen und konnte sich sowohl von dem harmonischen Verlauf der Versammlung als auch von dem Solidaritätsgefühl der Kemptner Kameraden überzeugen. Nachdem der Vorsitzende, Kamerad Moz, die Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten eröffnet hatte und die üblichen Tagesordnungspunkte erledigt waren, gab er den Jahresbericht 1930 bekannt, der jedoch wenig Erfreuliches bieten konnte. Das Jahr 1930 war auch für die Zahlstelle Kempten in wirtschaftlicher Hinsicht überaus traurig. Die Bautätigkeit und damit die Arbeitsmöglichkeit für die Kameraden waren sehr gering. Einer ganzen Reihe von Kameraden war es nicht möglich, die zum Bezug der Unterstützung notwendigen 26 Wochen Beschäftigung zu erlangen. Die meisten Kameraden fielen teils der Krisenfürsorge, teils direkt der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Last. Der Mitgliederstand der Zahlstelle ist ein konstanter; für unorganisierte Zimmerer ist in Kempten kein Platz. Die im vergangenen Sommer von der Zahlstelle mit Hilfe eines von der Zentrale freigestellten Kameraden entfaltete Werbetätigkeit, in der näheren und weiteren Umgebung der Zahlstelle, blieb leider ohne zählbaren Erfolg. Der Grund hierfür dürfte ebenfalls in der am Boden liegenden Bautätigkeit zu suchen sein. Im Jahre 1930 wurden die Mitglieder zu 12 Versammlungen eingeladen; der Besuch war größtenteils ein guter. Es waren auch 3 Vorstandssitzungen notwendig; auch eine Bezirkskonferenz der Allgäuer Zahlstellen wurde anberaumt und abgehalten. Die Konferenz mußte sich in der Hauptsache mit der zu entfallenden Werbearbeit beschäftigen. Vom Vorstand mußte außerdem eine große Zahl von Angelegenheiten erledigt werden, um die Interessen der Zahlstelle als auch die persönlichen Belange der Kameraden zu sichern. Von Arbeitskämpfen und Streitigkeiten vor dem Arbeitsgericht ist die Zahlstelle verschont geblieben. Die Tariflöhne und sonstigen tariflichen Bestimmungen wurden jederzeit durch aufrechte und energische Betriebsvertretungen überwacht und gesichert. Das gegenseitige Vertrauen der Zahlstellen des Bezirks war ungetrübt, was auch in der abgehaltenen Bezirkskonferenz zum Ausdruck gekommen ist. Das kameradschaftliche Verständnis der Kameraden unter sich, ebenso wie zwischen den Funktionären der Zahlstelle, war nie gestört. Mit dem Appell an alle Kameraden, trotz der Schwere der jetzigen Notzeit den Mut und die Organisationsfreudigkeit nicht sinken zu lassen, konnte der Vorsitzende den mit großem Beifall aufgenommenen Jahresbericht schließen. Die daraufhin vorgenommene Neuwahl ergab keine wesentlichen Veränderungen. Der Gauleiter hielt hierauf noch ein aufklärendes Referat über die Abänderungen in der „Arbeitslosen-, Krisen- und Krankenversicherung“, das eine lebhafteste Debatte auslöste und viele Mißverständnisse und Anklarheiten beseitigte. Nach Erledigung einiger weiterer Zahlstellenangelegenheiten konnte der Vorsitzende, Kamerad Moz, mit herzlichen Dankesworten für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und mit einem hoffnungsfreudigen „Glück auf in Kampfjahr 1931“ die Generalversammlung schließen.

Riel und Umgegend. (Jahresbericht.) Die 1929 einsetzende Wirtschaftskrise erreichte im verfloffenen Jahr einen Höhepunkt, der die schlimmsten Befürchtungen weit überschritt. Die Auswirkungen der Krise machten sich naturgemäß auch im Rielser Wirtschaftsleben in immer ansteigender Tendenz bemerkbar. Angesichts dieser schlechten Wirtschaftslage stieg die Zahl der Arbeitslosen ganz gewaltig. Die Höchstzahl der arbeitslosen Kameraden betrug im Februar 439, im Juni 364 und im Dezember 400. Der Mitgliederbestand beträgt 891 Kameraden, davon 81 Lehrlinge. Es feierten über 50 % der Zimmerer das ganze Jahr hindurch. Eine Gegenüberstellung der Zahlen mit dem Vorjahre in der Arbeitslosigkeit läßt erkennen, daß die fortschreitende Technik in unserem Beruf immer mehr Arbeitskräfte freistellt und die Forderung des Zentralvorstandes in Verbindung mit dem ADGB auf Einführung der 40-Stunden-Woche gerade im Zimmererberufe ein dringendes Bedürfnis ist, wenn nicht dauernd eine große Zahl Berufskameraden aus dem Arbeitsprozeß ausgeschlossen bleiben sollen. Die Tätigkeit des Vorstandes, gesteigert durch die große Arbeitslosigkeit, war eine umfangreiche. 44 Versammlungen, 25 Vorstandssitzungen, 5 Platz- und Deputiertenitzungen, 4 Revisionen dienten zur Erledigung der Geschäfte. Außerdem wurden 6 Konferenzen, 3 Jugendveranstaltungen besucht, 2 Lichtbildervorträge gehalten und unser Stiftungsfest gefeiert. Mitgearbeitet wurde im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes, Landesarbeitsgerichts und den eigenen Betrieben der Gewerkschaften. Die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage stand im Vordergrund. Das Lohnabkommen lief am 31. März ab. Die Arbeitgeber hatten es

mit der Kündigung besonders eilig. Auch von unserer Seite wurde das Lohnabkommen gekündigt. Der Verlauf der Verhandlungen zeigte, daß es den Arbeitgebern keineswegs darum zu tun war, in den vorgesehenen verantwortlichen Instanzen zu einer Einigung zu kommen. Unsere Forderung bestand in einer Lohnerhöhung von 10 %. Desto lauter erkündeten die Anträge der Arbeitgeber auf Abbau der Löhne von 10 bis 12 % pro Stunde, die zur Erhaltung der Wirtschaft notwendig sein sollten. Nach vergeblichen Verhandlungen wurden vom Haupttarifamt die bestehenden Löhne im Gau 10 um ein Jahr verlängert. Die mit so großem Nachdruck gestellten Abbauanträge waren damit erledigt. Das vierte Lehrjahr, das gegen unsern Willen von der Innung eingeführt wurde, ist wieder abgeschafft worden, und jetzt beträgt die Lehrzeit wieder drei Jahre. In allen Versammlungen wurden Vorträge über aktuelle Fragen, wie Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Ursachen der Arbeitslosigkeit und andere gehalten. Im Monat August beging die Zahlstelle die Feier des 350jährigen Bestehens des Rielser Zimmerergewerkes, die mit einer Ausstellung alter Urkunden aus dem Besitze des Genossen Wissell verbunden war. Die Versammlung, in der auch der Genosse Wissell die Festrede hielt, verlief in bester Harmonie. Die Durchführung der Verträge führte zu einer Reihe Sitzungen der Schlichtungskommission, besonders in der Lehrlingsfrage. Nachdem die Arbeitgeber erkannten, daß das vierte Lehrjahr nicht den erwarteten Profit einbrachte, lassen etliche Arbeitgeber die Lehrlinge des vierten Lehrjahres vorzugsweise feiern, worüber noch Klage schwebt. Bezeichnend ist, daß zur Umgehung der tariflichen Bestimmungen privatrechtliche Verträge mit den Eltern der Lehrlinge abgeschlossen werden, auf Erstattung des Lehrgeldes in Höhe von 750 M. Eine Anzahl Streifälle konnten durch Rücksprache erledigt werden. Die Streitsache betreffend Entschädigung für Arbeiten im Taucheranzug ist vom Tarifamt zu unsern Ungunsten entschieden. Daß auch die Arbeitnehmer für die richtige Verwendung und Abführung der Beiträge zur Invalidenversicherung verantwortlich sind, dürfte bekannt sein, und wurden auch hierüber Streifälle obiegend ausgetragen. Ferner wurde in einigen Rentenstreitverfahren Rechtschutz gewährt. Das Organisationsverhältnis unserer Jugendgruppe ist trotz des großen Rückganges in der Lehrlingshaltung das gleich gute geblieben. Konnten doch auch im Berichtsjahr die neu in die Lehre tretenden für den Verband gewonnen werden. Unsere Aufklärungs- und Bildungsarbeit wurde auch im Berichtsjahre in Heimabende, die zweimal im Monat abgehalten, fortgesetzt. Daneben wurden von Preezer Kameraden einmal wöchentlich Modellabende abgehalten. Als größere Veranstaltung wurde Lübeck ein Besuch abgestattet. Bei den vom Jugendkartell einberufenen Veranstaltungen ist eine gute Beteiligung zu verzeichnen. Vor allem ist zu veruchen, daß auch unsere Jugendgruppe, innerhalb der Rielser Jugendgruppen wegen ihrer Aktivität einen guten Ruf hat. In der Bauarbeiterchutzkommission wurde mitgearbeitet. Außer der in Lübeck tagenden Konferenz, die von drei Delegierten der Zahlstelle besucht wurde, fanden 11 Sitzungen statt. Seit 1. Januar 1931 haben wir einseitliche Unfallverhütungsvorschriften für den Hochbau erhalten, über die der Kollege Sachs vom Bundesvorstand referierte. Außerdem fand die Umstellung der Landeskommission statt. Von einer allgemeinen Bautenkontrolle wurde im Berichtsjahr abgesehen. In unserm Berufe blieben wir von größeren Anlässen verschont, mit Ausnahme von drei Fällen, wo Kameraden bei Ausführung von Maschinenarbeiten Glieder der Finger einbüßten. Das heutige Arbeits tempo in Verbindung mit der großen Arbeitslosigkeit gibt leicht Veranlassung, Schutzbestimmungen außer Acht zu lassen. Daß unsere Klassenverhältnisse keinen Fortschritt aufzuweisen haben, ist unter den geschichteten Verhältnissen verständlich. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse beliefen sich auf 45 463,60 M., worin noch ein Zuschuß der Hauptkasse von 10 000 M. enthalten ist. Die Einführung der Invalidenunterstützung, die vorläufig ohne Erhebung eines besonderen Beitrages zur Auszahlung gelangte, wird von den Kameraden auf das freudigste begrüßt. Die Lokalkasse verfügte am Schlusse des Jahres über einen Bestand von 16 322,52 M. Der Versammlungsbesuch ist durchgehend als gut zu bezeichnen. Die Einheit und Geschlossenheit unserer Zahlstelle blieb gewahrt. Den Ansturm der Arbeitgeber abzuwehren muß unsere Aufgabe sein, es wird uns gelingen, wenn wir wie bisher einig und geschlossen bleiben.

Lauenburg an der Elbe. (Jahresbericht.) Die Generalversammlung für unser Zahlstellengebiet fand am 10. Januar statt. Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß 12 Mitgliederversammlungen stattgefunden haben. Auf 3 Versammlungen hielt Gauleiter, Kamerad Steffen, Vorträge über „Tarifvertrag“, „Arbeitslosenunterstützung“ und die „Krankenkassennotverordnung“. Der Mitgliederbestand betrug am Jahresabschluss 33 Kameraden, davon 4 Jungkameraden. Die Arbeitsmarktlage war im letzten Halbjahr befriedigend, so daß ziemlich alle Kameraden beschäftigt werden konnten. Nach Erstattung des Kasensberichts bestätigten die Revisoren, daß Kasse und Belege sich in bester Ordnung befinden. Die beantragte Entlastung wurde einstimmig erteilt. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl sämtlicher bisherigen Funktionäre. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Münster. (Jahresbericht.) Am Sonntag, 11. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Hagemann, eröffnete die Versammlung. Nach Verlesung des Protokolls, das die Genehmigung der Versammlung fand, wurde der Jahres- und Kasensbericht erstattet. Hierzu erteilte der Vorsitzende dem Kameraden Rupprecht das Wort. Die Bautätigkeit ist gegenüber dem Vorjahre erheblich zurückgegangen. Am Schlusse des Jahres ist trotz des günstigen Wetters die Arbeitslosigkeit eine ungeheuer große gewesen. Die Bauwirtschaft, als wichtigste Schlüsselindustrie, liegt vollkommen daneben. Auch die abhängigen Gewerbe, das Baunebengewerbe, muß stark

darunter leiden. Die vorhandene Geldknappheit auf dem Kapitalmarkt trägt mit dazu bei, die vorhandenen Bauaufträge nicht zur Ausführung zu bringen. Dadurch sind, weil der innere Kapitalmarkt nicht die notwendigsten Mittel aufbringen kann, die Kommunen und die einzelnen Städte gezwungen, die vorgesehenen Bauvorhaben zurückzustellen oder stillzulegen. Dieses hat zur Folge, daß hundertaufenden Arbeitern die Arbeit entzogen wird. Diese Auswirkung der Kapitalknappheit ist nur einzig und allein den Wirtschaftsführern zuzuschreiben, indem sie verhindert haben, daß Auslandsanleihen zu einem billigen Prozentsatz aufgenommen wurden. Zu dem Geschäftsbericht übergehend, sei zu sagen, daß wir im verfloffenen Jahr einen Zugang an Gebäuden von 287 hatten. Diese 287 Gebäude hatten zusammen 806 Wohnungen. In diesen 806 Wohnungen waren insgesamt 3743 Wohnräume. Bedauerlicherweise waren nur 24 Wohnungen mit zwei Zimmern einschließlich Küche vorhanden. Wo bleibt hier die müsterische Arbeiterschaft, die in Notwohnungen, Baracken und Bretterverschläge zusammengepfercht sind? Zum Schlusse sei noch zu bemerken, daß im verfloffenen Jahr 1346 Baugenehmigungen erteilt worden sind. Auf die Tätigkeit des Vorstandes wurde verwiesen. Es haben stattgefunden: 12 Mitglieder-, 6 öffentliche, 1 kombinierte Versammlung. Weiterhin haben wir teilgenommen an 16 Schlichtungskommissionssitzungen sowie an 9 Kartellsitzungen. Erfreulicherweise haben die Kameraden regen Anteil an den zu behandelnden Fragen genommen. In 9 Gerichtstagen war unser langjähriger Vorsitzender, Kamerad Kloss, eines der ältesten Mitglieder unserer Zahlstelle, als Arbeitsrichter tätig. Zu dem Gebiet der Agitation übergehend, sei festzustellen, daß trotz der schlechten konjunkturellen Lage im Baugewerbe die Mitgliederentwicklung voranschritten ist. Lassen wir nun den depressiven Zustand des vergangenen Jahres an unserm geistigen Auge vorüberziehen, so finden wir, daß unsere Kameraden an 30 127 Tagen nicht im Produktionsprozeß gestanden, sondern nur an 9968 Tagen produktive Arbeit geleistet haben. Daß sich dieser katastrophale Zustand auf unsere Finanzgebarung auswirkt, geht daraus hervor, daß die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse mit 4803 M. und der Lokalkasse mit 1169 M. abschließen. Den Kameraden wurden im Laufe des Jahres 3000 M. Unterstützung ausgezahlt. Nachdem der Vorsitzende, Kamerad Hagemann, den Jahres- und Kasensbericht zur Diskussion gestellt hatte, wurde dem Kassensführer einstimmig die Entlastung erteilt. Die Wahl des neuen Vorstandes vollzog sich reibungslos. Mit einigen Abänderungen wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Daß dem neuen Vorstand für das Jahr 1931 eine Fülle Arbeit übertragen wurde, ist ersichtlich aus den Anträgen, die im Punkt „Verbandsangelegenheiten“ eingebracht wurden. Der Antrag 1 besagt, daß der nächsten Versammlung eine Vorlage unterbreitet wird, daß jedes Mitglied im Jahre sechs bis acht Versammlungen zu besuchen hat. Der Antrag 2 fordert, daß die Bauarbeiterchutzkommission unbedingt in Tätigkeit gesetzt wird, damit kein Schindluder und frivoles Spiel mit dem Leben und der Gesundheit der Bauarbeiter getrieben wird. Ein dritter Antrag wurde eingebracht, daß der Kleinwohnungsbau gefördert wird. Der Vorstand hat hierzu alles in die Wege zu leiten. Weitere örtliche Angelegenheiten wurden dem Vorstand zur Beratung übertragen. Aus all der Fülle der Arbeit, die dem Vorstand übertragen wurde, kann nur ein Ganzes werden, wenn alle Kameraden die intensivste Mitarbeit für die Organisation leisten. Ist die Mitarbeit der Kameraden gewährleistet, dann werden wir auch die Krise überwinden und unsere Organisation zum führenden Faktor in der müsterischen Bewegung entwickeln. Mit einem Mahnwort an alle Kameraden, auch in diesem Jahr mit vereinter Kraft für unsern Verband zu werben, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Penig in Sachsen. Unsere Generalversammlung fand am 9. Januar statt. Nach den üblichen Begrüßungsworten gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Der Versammlungsbesuch hätte besser sein können. Im Zahlstellengebiet konnten 14 Kameraden im vergangenen Jahre überhaupt keine Arbeit finden. Die Bautätigkeit lag vollkommen daneben. Im letzten Halbjahr wurden 28 hilfsbedürftigen Kameraden eine Lokalunterstützung in Höhe von 247 M. ausgezahlt. Die von der Zentrale zur Verfügung gestellte Weihnachtunterstützung wurde an 30 Kameraden ausgezahlt. Im Berichtsjahre wurden 81 Neubauwohnungen erstellt. Im allgemeinen ließ die Bautätigkeit viel zu wünschen übrig. Der Kassierer, der infolge Krankheit verhindert war, persönlich Bericht zu erstatten, beauftragte damit den Vorsitzenden, der auch den Kasensbericht bekanntgab. Der Kasensbestand der Lokalkasse beträgt rund 148 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Infolge Abwesenheit des Kartellbelegierten mußte der Bericht über die Tätigkeit des Ortsausschusses ausfallen. Im Schluswort forderte der Vorsitzende alle Kameraden zur regen Mitarbeit auf. Er betonte, daß gerade in der schwersten Zeit engste Zusammengehörigkeit ein Gebot der Stunde sei.

Reichenbach. (Jahresbericht.) Am 11. Januar fand die Generalversammlung für unser Zahlstellengebiet statt. Der Vorsitzende, Kamerad Schneider, berichtete über das verfloffene Geschäftsjahr unter anderem folgendes: Unser Zahlstellengebiet hatte schwer unter den wirtschaftlichen Verhältnissen des Jahres zu leiden. 75 % unserer Kameraden waren arbeitslos. Es war ein Jahr schwersten Niederganges. Die Reaktion hat versucht, wegen der schlechten Wirtschaftslage die sozialen Erwerbschancen der Arbeiterschaft zu zerstören zu machen. Trotz eifrigen Bemühens der Gewerkschaften ist es nicht immer gelungen, Verschlechterungen fernzuhalten. Versammlungen haben sechs stattgefunden und eine öffentliche, in der Kollege Dornheim, Frankfurt a. M., über die Arbeitslosenversicherung sprach. Der Besuch der Versammlung war zufriedenstellend. Ferner fanden acht Vorstandssitzungen statt. Unsere Agitation konnte sich auf Grund der schlechten Wirtschaftslage nicht so entfalten, wie es hätte sein sollen. Zur Durchführung des Tarifvertrages hatten wir nicht allzu große Schwierigkeiten. Die Bautätigkeit war sehr gering, voraussichtlich wird sie

in diesem Jahr noch schlechter werden. Aber all das darf uns nicht abschrecken, im Verband treu zusammenzubalten. Anschließend gab der Kassierer den Kassenbericht. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des vierten Quartals 79 Kameraden. Von der Versammlung wurde dem Kassierer sowie dem gesamten Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Ferner wurde noch die Abhaltung eines Wintervergnügens beschlossen. Mit einem Appell des Vorsitzenden, im kommenden Jahr regen Anteil zu nehmen am Verbandsleben, wurde die Versammlung, die von 30 Kameraden besucht war, geschlossen.

Schleswig (Jahresbericht). Das Jahr 1930 war auch für die Zimmerer Schleswigs ein wirkliches Elendsjahr. Die im vorjährigen Jahresbericht ausgesprochene Hoffnung, daß das Jahr 1930 mehr Arbeitsgelegenheit bringen werde, hat sich nicht erfüllt. Das Gegenteil ist eingetreten. Im Jahre 1929 wurden 1559 Gesellen- und 718 Lehrlingsmarken verkauft, dagegen 1930 nur 1250 Gesellen- und 420 Lehrlingsmarken. Demnach haben von 53 Kameraden nur 24 ständig in Arbeit gestanden. Die Zahl der Lehrlinge betrug 1929 16, 1930 dagegen 10. Von letzteren besuchen 5 die Haushaltung und 1 ist nicht organisiert. Unser Mitgliederbestand betrug am Jahreschluß 57, davon 4 Lehrlinge. Daß die Zahl der Lehrlinge so stark zurückgegangen ist, hat seine Ursache zum Teil in den tariflich veranfertigten Lehrlingslöhnen, ist zum andern auch in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Die Kameraden in Schleswig sind restlos organisiert. Tarifstreitigkeiten mit den Unternehmern waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen. Mit dem Magistrat der Stadt Schleswig hatten wir einen Streitfall wegen Nichtbezahlen des Tariflohnes. Vier unserer Kameraden wurden als Wohlfahrtsempfänger mit Zimmerarbeiten beschäftigt. Unser Einspruch, den betreffenden den Tariflohn zu zahlen, war erfolglos. Das Arbeitsgericht Flensburg wurde in dieser Sache angerufen und entschied zu unsern Ungunsten, weil kein förmlicher Arbeitsvertrag vorlag. In einem späteren Fall, wo wieder Wohlfahrtsempfänger mit Zimmerarbeiten beschäftigt wurden, gelang es, durch Verhandlungen den Tariflohn für die betreffenden herauszubekommen. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden in 12 Mitgliederversammlungen und 4 Kassenrevisionen erledigt. Die höchste Zahl der Versammlungsbesucher betrug 35, die niedrigste 10. Beim Oberversteigerungsamt Schleswig ist einer unserer Kameraden als Besitzer und einer als Erlasgmann tätig. Einige Differenzen mit dem Arbeitsamt konnten durch Rücksprache zugunsten unserer Kameraden erledigt werden. Die Kassenabrechnung ergibt folgendes Bild: Die Einnahme der Zentralkasse betrug im Berichtsjahr 2086,10 M. Davon sind für Arbeitslosenunterstützung 1076,05 M, für Invalidenunterstützung 240 M und für Weihnachtsunterstützung 237,90 M verausgabt worden. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 1830,39 M, die Ausgaben betragen 1423,23 M. Hiervon wurden 842,20 M als Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung und 150 M als Weihnachtsunterstützung verausgabt. Kameraden, die Zeit ist bitter ernst. Die Lohnabbaupläne des gesamten Unternehmertums sind bekannt. Unser Tarifvertrag läuft auch am 31. März ab. Auch unsere Unternehmer huldigen dem Grundsatz „niedrige Löhne, lange Arbeitszeit“. Pflicht jedes einzelnen ist es deshalb, fest zu seiner Gewerkschaft zu stehen und dadurch mit dazu beizutragen, daß die Abwagelüste der Unternehmer zu Schanden werden.

Wiesbaden. Am 18. Januar fand unsere Jahresversammlung im Volkshaus statt. Vor Beginn der Tagesordnung wurden die drei verstorbenen Kameraden in der üblichen Weise geehrt. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Er führte aus, daß unsere wirtschaftliche Lage sich noch viel mehr verschlechtert habe gegenüber den Vorjahren. Auch des Sturmes auf die Sozialgesetze und der Notverordnung gedachte der Redner in ausdrucksvollen Worten. Die Arbeitslosigkeit betrug durchschnittlich 65 % unserer Kameraden. Den wenigsten Kameraden war es möglich 26 Wochen zu arbeiten. Für die Weihnachtsbeihilfe kamen 235 Kameraden in Frage, hierfür wurden von der Zahlstelle rund 2000 M ausgegeben. Es fanden 5 Zahlstellen, 1 erweiterte, 2 Jugendversammlungen und 16 Vorstandssitzungen statt. Der Versammlungsbesuch zeugte von großer Interessiertheit unserer Kameraden. Nachdem der Kassierer noch einige Erklärungen zum Kassenbericht, der gedruckt vorlag, gegeben hatte, teilte Kamerad Hedder zur Jugendbewegung mit, daß 13 Unterrichtskurse, die zu 40 % besucht waren, stattgefunden haben. Die nun folgende Diskussion ergab eine lebhafte Aussprache, an der sich der Gauleiter, Kamerad Ebert ebenfalls beteiligte. Die nun folgende Vorstandswahl ergab, daß fast alle Kameraden wiedergewählt wurden. Nach Ermahnung der Mitglieder, in diesem Jahr treu zum Verband zu stehen, damit der Kampf siegreich beendet wird, schloß Kamerad Eismann die von 70 Kameraden besuchte Versammlung.

Wollin in Pommern. Die Zahlstelle hielt am 25. Januar ihre Jahreshauptversammlung ab, die einen guten Besuch aufwies. Nach der üblichen Begrüßungsansprache ermahnte der Vorsitzende alle Kameraden, in dieser schweren Wirtschaftslage treu zu unserer Gewerkschaft zu stehen und danach zu trachten, noch abseits stehende Kameraden unseren Reihen zuzuführen. Es waren im Jahre 1930 in unserer Zahlstelle von 45 Kameraden 12 Kameraden in Arbeit, teils 10 bis 37 Wochen, alle übrigen waren erwerbslos und mußten mit Gelegenheitsarbeit ihr Brot verdienen, da der größte Teil keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatte. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht vom 4. Quartal und den Jahresabschluß. Da alles in Ordnung war und kein Widerspruch sich erhob, wurde dem Kassierer die beantragte Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Zeit. Am 9. Januar fand unsere Jahresversammlung statt. Gauleiter Kamerad Laue hielt einen Vortrag über das Thema: Wirtschaftskrise und die Gewerkschaften.

Er führte unter anderem aus: Die Wirtschaftskrise als Folge des Weltkrieges und der Leberationalisierung trat im vergangenen Jahre sehr kraß in Erscheinung, so daß die Arbeiterklasse am schwersten zu leiden hatte. Weit über vier Millionen ist das Heer der Erwerbslosen herangewachsen, und noch ist an einen Stillstand oder Rückgang der Krise nicht zu denken. Kamerad Laue streifte dann den Geldmarkt und den Ausfall der Wahlen vom 14. September, wobei er erklärte, daß dieses Wahlergebnis für uns Bauhandwerker noch eine aussichtslosere Zukunft geschaffen hat, als wie es bis dato der Fall war. Die Gewerkschaften haben in der Wirtschaftskrise die schwersten Aufgaben zu lösen. Durch positive Vorschläge, zum Beispiel „Verkürzung der Arbeitszeit, kein Lohnabbau und Förderung des Wohnungs- und Straßenaufbaues“, zeigten sie der Regierung sowie in den Parlamenten Wege zur Beseitigung dieser Krise. Alles dies fand aber kein Gehör. Ein zäher Kampf muß geführt werden in bezug auf Lohnabbau und Arbeitszeitverkürzung. Nicht immer war Erfolg auf diesem Gebiete zu verzeichnen, aber doch Schweres abgewehrt. Es müßte heute nun bald jeder Arbeiter einsehen, daß die Zersplitterung und das Abseitsstehen zu nichts Gutem mehr führt, sondern daß nur ein geschlossenes Ganzes uns eine bessere Zukunft bietet. In der Diskussion forderten mehrere Kameraden die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung und verwiesen hierbei auf Rußland, wo es die Arbeiterbewegung fertig gebracht hat, die Macht an sich zu reißen. Kamerad Vinzenz war mit den Ausführungen des Gauleiters einverstanden. Kamerad Laue behandelte im Schlußwort alle gestellten Fragen eingehend und gab einen kurzen Ueberblick über Rußland, daß es doch dort nicht allzu rosig aussieht, wie die Kameraden im allgemeinen annehmen, sondern daß der Beweis erbracht ist, daß mangels geschulter Kräfte die Wirtschaft nur sehr langsam im Aufsteigen begriffen ist. Was die Frage Lohnabbau betrifft, so sollte man doch nicht immer die Schuld auf die Führer abwälzen. Kamerad Laue gab hierzu noch einige Beispiele aus seinem Bezirk bekannt, wie trübe es da noch an vielen Orten aussieht und wie schwer es heute ist, wenn eine Aktion eingeleitet werden soll, die Zustimmung von den Kameraden zu erhalten. Kamerad Laue warnt dann noch vor Unbesonnenheiten und schließt mit dem Wunsche, daß ein jeder im Interesse der Arbeiterbewegung seine Pflicht erfüllt. Reicher Beifall belohnte Kamerad Laue für seine Ausführungen. Zu Punkt 2 verlas Kamerad Wegel die Abrechnung vom vierten Quartal. Die Abrechnung lag im Druck vor, damit ein jeder eine genaue Uebersicht hat. Die Einnahmen betragen für die Zentrale 1543,10 M, lokal 629,55 M. Die Ausgaben sind, zentral 1684,80 M und lokal 554,13 M. An Weihnachtsbeihilfe sind auf zentrale Kosten über 700 M ausgezahlt worden. Die Mitgliederzahl betrug 238 Kameraden, davon 23 Lehrlinge. Dem Kassierer wird einstimmig Entlastung erteilt. Es folgte dann der Jahresbericht. Als erster gab der Vorsitzende seinen Bericht. Der Jahresbericht lag gedruckt vor und enthielt die wichtigsten Ereignisse des Jahres. Am das Interesse des Verbandes zu wahren, machten sich außer einer erweiterten, eine außerordentliche und sechs Vorstandssitzungen, eine außerordentliche, acht Mitglieder- und zwei Bezirksversammlungen notwendig. Wegen nicht einhalten des Reichstarifvertrages wurden drei Klagen beim Arbeitsgericht geführt. Unter der Wirtschaftskrise hatten die Mitglieder unserer Zahlstelle sehr zu leiden. 25 % der Kameraden hatten so gut wie keine Arbeit gefunden. Verschiedene Unternehmer brachten ihre Leute von auswärts mit ins Stadtgebiet, so daß eine Kontrolle wegen der Verbandszugehörigkeit dort sehr erschwert wurde. Auch auf dem Gebiet der Agitation war nicht das gewünschte Ziel erreicht. Wegen des großen Ausfalls an Kollportage machte sich am Schluß des Jahres Anzufriedenheit bemerkbar. Im großen und ganzen war das Jahr 1930 als eines der schwärzesten mit anzusehen. Hierauf anschließend verlas der Kassierer den Jahreskassenbericht. Die zentralen Einnahmen betragen für das Jahr 1930 5568,50 M, die Ausgaben 9068,50 M. Die lokalen Einnahmen betragen 2368,25 M. Die Ausgaben der Lokalkasse betragen 2462,90 M. Es bleibt für das neue Jahr ein Kassenbestand in bar und Belegen von 6215,09 M bestehen. Die Mitgliederzahl belief sich auf 238 Kameraden; davon waren durchschnittlich 55 bis 60 % erwerbslos. Kamerad Wegel gab dann noch den Bericht von der Jugendgruppe. Der Jugendleiter nahm an sechs Sitzungen beim Jugendamt mit teil. Modellierabende fanden 43 statt, in denen der Besuch befriedigend war. Wanderausfahrten sind im vergangenen Jahr nicht unternommen worden. Weiterhin ist auch der Zuschuß, den man von der Regierung erhoffte, nicht eingegangen. Der alte Vorstand wurde außer dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem stellvertretenden Kassierer und dem ersten Revisor einstimmig wiedergewählt. Zum letzten Punkt „Verbandsangelegenheiten“ wurden die eingegangenen Anträge behandelt. Mit dem Wunsche, daß in Zukunft alle Versammlungen so gut besucht werden, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Anwesend waren 111 Mitglieder.

Gewertshallisches

Lohnabbau im Buchdruckgewerbe

Für das Buchdruckgewerbe wurde am Montag ein Schiedsspruch gefällt, der den tariflichen Mindestlohn bis zum 30. August von 58,50 M auf 55 M herabsetzt. Das ist wieder einmal ein völlig unbegründeter Schiedsspruch. Die Anparteiischen haben ohne jede Rücksicht auf wirtschaftliche Ueberlegungen sich an die von der Regierung vorgezeichnete Lohnabbaulinie gehalten. Unberücksichtigt blieb der Vorschlag der Arbeiterbewegung, die im Interesse der Wiedereinreihung der Arbeitslosen in die Produktion die Einführung der 40-Stunden-Woche fordernden. Die Warnung der Gewerkschaften, nicht durch eine vorzeitige und fehlgehende Entscheidung eine gesunde Lösung zu verbauen, war in den Wind geredet.

Sozialpolitisches

Berufsbildung der jugendlichen Arbeitslosen.

Am den jugendlichen Erwerbslosen während der Arbeitslosigkeit eine Fortbildung in ihrem Berufe oder eine allgemeine Weiterbildung zu ermöglichen, hat der Reichsarbeitsminister in Gemeinschaft mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung angeordnet, daß auch in diesem Winter alle Landesarbeitsämter und Arbeitsämter berufliche Bildungsmaßnahmen für die jugendlichen Arbeitslosen treffen und fördern sollen. Der Reichsarbeitsminister hat gefordert, daß bei diesen Bildungsmaßnahmen alle Möglichkeiten ausgenutzt werden sollen, die die Einrichtungen des Fach- und Berufsschulwesens bieten; ebenso sollen die Einrichtungen der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege dafür nutzbar gemacht werden. Zu diesem Zweck haben der Reichsarbeitsminister und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bedeutende Summen flüssig gemacht.

Das sind alles sehr begrüßenswerte Maßnahmen, aber sie packen das Uebel nicht an der Wurzel. Man lasse die Jugendlichen nicht erst der langen Arbeitslosigkeit verfallen, dann werden viele Ausgaben für die Betreuung der jugendlichen Erwerbslosen unnötig sein. Auf die Jugendlichen wirkt lange Arbeitslosigkeit oft ganz besonders schlimm in sittlicher und moralischer Beziehung. Den einzig brauchbaren Vorschlag zur Behebung der Arbeitslosigkeit haben die freien Gewerkschaften gemacht; warum setzt man ihn nicht in die Wirklichkeit um, anstatt zu solchen kleinen Mitteln zu greifen, wenn die Not erst riesengroß geworden ist!

Erlaß der Rundfunkgebühren für Krisenunterstützte und Ausgesteuerte

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Reichspost beriet am 28. Januar den sozialdemokratischen Antrag, der den Reichspostminister auffordert, allen Erwerbslosen bei längerer Arbeitslosigkeit die Rundfunkgebühren zu erlassen. Gegen den Erlaß der Gebühren für alle Erwerbslosen machte die Verwaltung erhebliche Bedenken geltend. Der Erlaß der Gebühren könne nur zugestanden werden bei nachgewiesener Bedürftigkeit. Es wurde beschlossen:

Mit Wirkung vom 1. März 1931 können die Postämter auf Antrag Erwerbsloser, die Krisenunterstützungsempfänger sind oder die als Ausgesteuerte von den Gemeinden Wohlfahrtsunterstützung erhalten, also bereits längere Zeit Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, die Funkgebühren unter folgenden Bedingungen jedesmal für einen Kalendermonat erlassen:

1. Der Antragsteller muß zur Zeit der Stellung des Antrags mindestens ein halbes Jahr ununterbrochen Rundfunkteilnehmer sein.
2. Der Antragsteller muß dem Postamt allmonatlich seine Stempelparte zur Einsicht vorlegen.
3. Ueber den gewährten Gebührenerlaß ist den in Betracht kommenden Personen durch das zuständige Postamt eine Bescheinigung zu erteilen.

Obwohl dieser Antrag nur den Erlaß der Rundfunkgebühren für Empfänger von Krisenunterstützung und Wohlfahrtsunterstützung vorsieht, die länger als ein halbes Jahr Rundfunkteilnehmer sind, wird man seine Annahme begrüßen dürfen. Er stellt ein Entgegenkommen an die langfristigen Erwerbslosen dar, das die Reichspost bisher stets abgelehnt hatte. Der Reichspostminister hat zugesagt, den Antrag durch einen Verwaltungserlaß in Kraft zu setzen. Aber trotz dieser Zusage der Reichspost müssen wir auf unserer Forderung bestehen, daß allen Erwerbslosen die Rundfunkgebühren erlassen werden.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Ein unverständliches Urteil einer Spruchkammer

Der Zimmerer S. bekam seinem Verdienst entsprechend zu wenig Arbeitslosenunterstützung. Im Betrieb des Kameraden wurde kürzer gearbeitet als die tarifmäßige Winterarbeitszeit vorsieht. Dadurch sollte die Arbeit gestreckt werden, um Entlassungen zu vermeiden. Als S. arbeitslos wurde, entschied der Arbeitsamtsvorsitzende, daß er statt der Lohnklasse 9 nach der Lohnklasse 8 Unterstützung zu bekommen habe.

Dagegen wurde von der Organisation beim Spruchauschuß Einspruch eingelegt. Der Spruchauschuß lehnte mit Stimmenmehrheit den Einspruch ab. Gegen diese Entscheidung wurde bei der Spruchkammer in Dresden Berufung eingelegt. Der § 105 des AVOG. sieht ausdrücklich vor, daß bei Kurzarbeit wegen Arbeitsmangel, wenn der Betroffene dadurch Lohnkürzungen unterworfen ist, bei der Berechnung der Arbeitslosenunterstützung das Entgelt zugrunde zu legen ist, das er ohne Kürzung der Arbeitszeit bezogen hätte. Auch eine Senatsentscheidung vom 26. Juni 1929 hat in dem Sinne entschieden. Die Spruchkammer in Dresden hat sich Lust an der falschen Stelle geholt (Gewerbestammer Chemnitz), die als berufsübliche Arbeitszeit die vom Kläger geleistete bezeichnete. Der Kläger arbeitet 5 Stunden pro Woche weniger, als die tarifliche Winterarbeitszeit vorsieht. Aus mehreren Orten dieses Gebiets haben Kameraden nachgewiesen, daß die übliche Arbeitszeit die tariflich festgelegte ist. Beide Zustanzen haben leider dieses nicht oder nicht genügend berücksichtigt.

In der Entscheidung sagt die Spruchkammer, die Berechnung nach § 105 Abs. 2 des AVOG. Satz 2 setzt weiter voraus, daß der Arbeitnehmer infolge des Arbeitsmangels die in seiner Arbeitsstätte betriebsübliche Zahl von Arbeitsstunden nicht erreicht hat und deswegen Lohnkürzungen unterworfen war. Die Frage, was dabei unter der betriebsüblichen Zahl von Arbeitsstunden zu verstehen ist, läßt sich nur an Hand der Gesamtheit der Umstände des Einzelfalles beantworten. Dabei kommen die für den

betreffenden Ort sich ergebenden Erfahrungen der letzten Jahre und der Auffassung der Beteiligten, insbesondere auch wie sie in den einschlägigen Tarifverträgen zum Ausdruck gebracht sind, als wertvolles Feststellungsmittel in Betracht. Gerade dieses hat weder der Spruchauschuß noch die Spruchkammer berücksichtigt. Im Reichstarifvertrag ist über die Arbeitszeit nichts bestimmtes gesagt. Vom Bezirksstarifvertrag wird in der Entscheidung nichts gesagt; aber auch dort ist das Fehlen der Arbeitszeit-tabelle ein Mangel. Der Streit geht hier, ob die betriebsübliche oder die tarifliche Arbeitszeit maßgebend ist. Wenn kürzer gearbeitet wird als der Tarif vorsieht, dann geschieht dies doch immer wegen Arbeitsmangel. Der Unternehmer findet sich nicht bereit, eine kürzere Arbeitszeit als die tarifmäßige zuzulassen, wenn nicht Arbeitsmangel vorliegt. Deswegen ist diese Entscheidung unverstänlich. Bei diesem Verfahren muß noch bemängelt werden die lange Zeit, bevor das Verfahren zum Abschluß kam. Am 16. Februar 1929 wurde der Streitgegenstand eingeleitet und am 19. Februar 1930 wurde von der Spruchkammer die Entscheidung gefällt.

Verlängerung der Höchstbezugsdauer in der Krisenfürsorge

Der Reichsarbeitsminister hat durch neuesten Erlaß (Reichsarbeitsblatt Nr. 2) angeordnet, daß für Arbeitslose, die am 3. November 1930 bereits Krisenunterstützung bezogen haben, die frühere Unterstüzungshöchstdauer von 39 oder 52 Wochen bis zum 28. März 1931 aufrechterhalten bleibt.

Damit werden die Uebergangsbestimmungen des Erlasses über Personenzreis und Dauer der Krisenfürsorge vom 11. Oktober (siehe "Zimmerer" 1930, Nr. 43, Seite 343) außer Kraft gesetzt. Diese Uebergangsbestimmungen besagten bekanntlich, daß Krisenunterstützungsempfänger, die am 10. Januar 1931 die jetzt gültige Höchstdauer von 32 beziehungsweise 45 Wochen (bei Arbeitslosen über 40 Jahren) erreicht oder überschritten hatten, am 17. beziehungsweise 24. Januar ausscheiden mußten.

Bei bereits vor dem 3. November 1930 im Krisenunterstützungsbezug befindlichen Arbeitslosen bleiben also bis zur Erschöpfung der alten Bezugsdauer von 39 Wochen und — bei Arbeitslosen über 40 Jahre — 52 Wochen im Unterstüzungsbegriff, aber nicht über den 28. März 1931 hinaus.

Unberührt bleibt durch diesen Erlaß die Bestimmung, daß die Höchstdauer für die nach dem 3. November 1930 entstandenen Krisenunterstützungsfälle 32 Wochen und bei Arbeitslosen über 40 Jahren 45 Wochen beträgt.

Politische Wochenchau

Der Reichstag tagt — Hochkonjunktur in den Reichstagsausschüssen — Aus den Landesparlamenten — Fricke will Pressezensur — Skandal der Filmzensur Auf der Jagd nach Diäten

Der Reichstag ist zum 3. Februar, 3 Uhr nachmittags, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen vorerst nur kleinere Vorlagen: Der Auslieferungsvertrag mit der Türkei, der Einspruch des Reichsrats gegen das Gesetz über den Ladenschluß am Heiligabend, der Gesetzentwurf über die Entschädigung der gewerbmäßigen Stellenvermittler, der Gesetzentwurf über die Erstattung von Kriegswohlfahrtsausgaben, die Berichte des Haushaltsausschusses über die Prüfung der Reichshaushaltsrechnung für 1929 und über die Denkschriften und Bemerkungen des Rechnungshofes zu den Rechnungen von 1925 und 1926 sowie Einsprüche einiger nationalsozialistischer Abgeordneter gegen Ordnungsmaßnahmen des Präsidenten in einer Sitzung vor der Vertagung.

Der Reichshaushaltsausschuß setzte auch in der letzten Woche seine Beratungen über die Etats der einzelnen Ministerien fort. Man hofft, bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages die hauptsächlichsten Arbeiten der Ausschußberatungen erledigt zu haben. — Der Strafgesetzesausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit der Festsetzung des Strafmündigkeitsalters. Gegenüber dem Gesetzentwurf, der vorschreibt, daß Jugendliche vom 14. Lebensjahre an wegen einer strafbaren Handlung bestraft werden können, beantragten die Sozialdemokraten die Heraussetzung auf 16 Jahre. Der sozialdemokratische Antrag wurde von der Abgeordneten Frau Pfülf begründet. Der Antrag der Sozialdemokraten, das Mindestalter von 14 auf 16 Jahre zu erhöhen, wurde mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen lehnte der Ausschuß den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung der Zuchthausstrafe gegen die Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten ab. Rosenfeld (SPD) begründete den Antrag und betonte unter anderem, daß der Zuchthäusler geradezu geächtet sei, und die Aufrechterhaltung des Namens Zuchthaus bereite nur unnötige Hindernisse für die Rückkehr in die Gesellschaft.

Der preussische Landtag hat seine diesjährige erste Sitzungsperiode begonnen. Auf der Tagesordnung standen zunächst eine große Anzahl von Ausschußberichten. Zu dem Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung liegen nicht weniger als 138 Anträge vor. Ansinigliche Obstruktionsversuche der Rechten ziehen die Beratungen des Haushalts sehr in die Länge. Besonders geht der Kampf um das Zustandekommen eines Landwirtschaftskammergesetzes und der Reform der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen um eine Erweiterung der Rechte der Landarbeiter im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen zu erreichen.

Der Streit um das neue bayerische Wahlgesetz ist jetzt beigelegt worden. Der Verfassungsausschuß des

bayerischen Landtages nahm das neue Landeswahlgesetz endgültig an, nachdem unter den Parteien ein Kompromiß dahin zustande gekommen war, daß das System der Landesabgeordneten völlig beseitigt werde. Es werden demnach 128 Abgeordnete in 113 Stimmkreisen gewählt. Gegen das Gesetz in dieser neuen Fassung haben nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei gestimmt.

Die heftige Regierung setzt ihre Ministergehälter herab. Im Finanzausschuß des heftischen Landtages erklärte Staatspräsident Auelung, daß die heftischen Minister freiwillig auf 10 % ihres Gehaltes und 20 % ihrer Aufwandsentschädigung verzichten hätten. Außerdem hätten sie weitgehende Verpflichtungen für Wohlfahrtsmaßnahmen übernommen. Die heftische Regierung steht unter Führung der Sozialdemokraten, sie wird gebildet aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten.

Fricke scheut die Wahrheit, und deshalb führt er die verschärfte Pressezensur ein. Das thüringische Innenministerium hat an die Polizeibehörden eine Anweisung ergehen lassen, nach der behördlicherseits eine genauere Prüfung des Inhalts der Zeitungen durchgeführt werden soll. Die Anweisung fußt auf der Durchführungsverordnung zum Pressegesetz vom 7. Mai 1874, die die Vorlegung jeder Nummer einer periodischen Druckschrift bei der zuständigen Polizeibehörde fordert. Der Versuch, das Pressegesetz von 1874 gegen die Reichsverfassung lebendig zu machen und der Presse auf Grund dieses Gesetzes Leistungen aufzuerlegen, ist glatt verfassungswidrig.

Eine außerordentlich folgenschwere Entscheidung, die praktisch das Verbot aller politischen Filme bedeutet, fällt die Filmoberprüfstelle unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Becker. Sie verbot einen Trickfilm mit dem Titel „Ins Dritte Reich“, den die Film- und Werbeabteilung der Sozialdemokratischen Partei hergestellt hat. Der Film, der in seinem Wesen verlebendigte Karikatur ist, zeigt in humoristisch-satirischer Weise, wie ein Unternehmer, durch den Streik seiner Arbeiter in Verlegenheit gesetzt, nach einer Hilfe gegen das Streiken der Arbeiter sucht. Er findet diese Hilfe nach italienischem Beispiel in den deutschen Faschisten, den Nationalsozialisten. Es wird gezeigt, wie ein Agitator der Nazis einen Arbeiter für das Dritte Reich befehrt, bis dieser den Schwindel durchschaut und zur Republik zurückkehrt. Die untere Instanz hatte den Film zugelassen für Veranstaltungen, die von der Sozialdemokratischen Partei ausgingen. Die Oberprüfstelle erklärte eine solche beschränkte Zulassung für unmöglich, nur kleine Parteien dürfen ihre Filme in ihrem Anhängerkreis aufführen. Die allgemeine öffentliche Zulassung aber lehnte die Oberprüfstelle ab, weil der Film die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährde. Der nackte Tatbestand war einfach der, die Mehrzahl der Mitglieder der Oberprüfstelle sympathisierte mit den Nazis und wollte auf keinen Fall einen Film zulassen, der das Treiben dieser Gesellschaft durch Karikatur und Satire an den Pranger stellt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Jürgensen hat im preussischen Landtag eine Anfrage eingebracht, ob die Staatsregierung es für zulässig hält, daß der nationalsozialistische Abgeordnete Sprenger, Frankfurt a. M., für ein und denselben Tag aus einer Reihe von Körper-schaften Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder beziehen kann. Es wurde hierüber folgendes festgestellt: Am 13., 14. und 15. Januar 1931 tagte der Staatsrat. Da Sprenger bereits als Reichstagsabgeordneter seine Tagesgelde für diese drei Tage in Höhe von 20 M pro Tag erhalten hatte, zahlte ihm die Staatskasse nur den überschüssenden Betrag von 17,50 M pro Tag, also zusammen für drei Sitzungstage 52,50 M aus, obwohl Herr Sprenger sich im Büro des Staatsrats um die vollen Staatsratsdiäten bemühte.

Am 15., 16. und 17. Januar tagte der Verwaltungsbeirat der Reichspost, an dem Herr Sprenger ebenfalls teilnahm. Er erhielt für jeden dieser drei Tage 50 M Tagesgelde vom Verwaltungsrat der Reichspost, ferner je 30 M für einen Reisetag am 14. und 18. Januar.

Die Bilanz des Herrn Sprenger sieht also so aus: Am 13. Januar 20 M vom Reichstag und 17,50 M vom Staatsrat = 37,50 M, am 14. Januar ebenfalls 37,50 M von Reichstag und Staatsrat, dazu 30 M Reisespesen von der Reichspost = 67,50 M, am 15. Januar 37,50 M von Reichstag und Staatsrat und 30 M von der Post = 87,50 M, am 16. und 17. Januar brachte es Herr Sprenger nur auf je 70 M und am 18. gar nur auf 50 M. Insgesamt hat er für die Zeit vom 13. bis 18. Januar 432,50 M erhalten. Daneben läuft sein Gehalt als Postinspektor.

Das Bild des nationalsozialistischen Abgeordneten wird erst vollständig, wenn man erfährt, daß er seine Tätigkeit im Verwaltungsrat der Reichspost mit einem Antrag begann, die Bezüge um die Hälfte zu kürzen.

Briefkasten der Redaktion

Berlin D. E. Die Frage, ob der Hauswirt die portofreie Ueberlieferung der Miete verlangen kann, ist sehr umstritten. Verschiedene Landgerichte haben in früheren Urteilen die Frage verneint. Von den Amtsgerichten Berlin-Mitte und Neukölln ist sie jedoch bejaht worden. Wir stellen Dir anheim, die Tragung des Portos abzulehnen und es auf eine Entscheidung des Gerichts ankommen zu lassen.

Regnitz N. S. Durch die von Dir geplante Umgehung der Zahlungspflicht wird sich das Vormundschaftsgericht nicht täuschen lassen. 2. Verjährung kommt gar nicht in Frage. 3. Die vierte, erheblich erweiterte Auflage, wurde im Dezember 1929 mit den Ueänderungen vom 12. Oktober

abgeschlossen. Die späteren Ueänderungen, die in Sonderblättern als Nachtrag erschienen, knüpfen sich an die Erläuterungen des bisherigen Kommentars an.

Bärenklau. Die Klage ist beim Arbeitsgericht einzureichen. Die Höhe der Klagesumme ergibt sich aus den von Dir und Deinem Helfer geleisteten Arbeitsstunden zu dem dort geltenden Tariflohn. Gleichgültig ist, ob die Summe vorher ausgemacht war oder nicht.

Literarisches

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Mit Beilage „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit“. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena, Januarheft 1931. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena, Vierteljahresabonnement 3,60 M. „Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. Schriftleiter: Lothar Erdmann. Heft 1, 1931. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 M, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M. Das erste Heft des neuen Jahrganges wird eingeleitet durch eine umfassende Untersuchung von Vladimir Bobynsky, „Das Tarifwesen und der Kampf um den Lohn“. In einer auf qualitätem, amerikanischem und deutschem Material beruhenden Analyse der Einkommensumverteilung nach dem Kriege behandelt Dr. Max Victor die „Verbürgerlichung des Proletariats und Proletarisierung des Mittelstandes“. Dr. Viktor Engelhardt prüft „Die Zusammenlegung des Reichstages nach Alter, Beruf und Religionsbekenntnis“. Dr. Hans Reiber stellt sich in einem Aufsatz: „Für und wider die Arbeitsbeschaffung“ mit einem unter dem gleichen Titel erschienenen Aufsatz von Dr. Ferdinand Falk auseinander. Seine Untersuchung behandelt die Arbeitsbeschaffung durch Vortragsprogramme. Diplom-Landwirt F. N. Wenzel prüft auf Grund einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes „Die steuerliche Belastung der deutschen Landwirtschaft“. Auch eine Reihe interessanter Abhandlungen enthält das Heft; es ist deshalb für jedermann zu empfehlen.

Sterbetafel.

- Berlin. Am 23. Januar starb unser Kamerad **Arthur Bullack** an den Folgen eines Unfalles im Alter von 38 Jahren. — (Bezirk 30.) Am 25. Januar starb unser Kamerad **Albert Rusch** im Alter von 53 Jahren am Magenkrebs.
- Dresden. Am 16. Januar starb unser Kamerad **Robert Fleischer** im Alter von 50 Jahren infolge Unfalles. — Am 23. Januar starb unser Kamerad **Ernst Würfel** im Alter von 65 Jahren an Arterienverkalkung.
- Frankfurt am Main. Am 23. Januar starb unser Kamerad **Philip Schmidt** aus Griesheim am Main im Alter von 53 Jahren.
- Gera. Am 27. Januar starb unser Kamerad **Fritz Höfer** im Alter von 18 Jahren an Gehirnhautentzündung.
- Glauchau. Am 20. Januar starb unser Kamerad **Walter Schnurbusch** im Alter von 23 Jahren an Schwindel.
- Göppingen. Am 24. Januar starb unser Kamerad **Georg Schädler** im Alter von 63 Jahren an Nierenleiden.
- Hamburg. Am 25. Januar starb unser Kamerad **Jakob Förster** im Alter von 67 Jahren. — Am 26. Januar starb unser Kamerad **Friedr. Jarmatz** im Alter von 32 Jahren.
- München. Am 26. Januar starb unser Kamerad **Anton Wilhelm** im Alter von 55 Jahren infolge eines Verkehrsunfalles.

Ehre ihrem Andenken!

Wir zimmern neu die alte Welt!

Unter diesem Titel ist im Verlag des Verbandes ein vom Kameraden Otto Kaufmann verfaßtes Buch erschienen.

Jeder Zimmerer muß dieses wertvolle kulturhistorische Werk besitzen.

Der Preis des in Leinen gebundenen Buches beträgt für Verbandsmitglieder 3 Mark, Buchhandelspreis 4 Mark. Bestellungen sind an den Zentralvorstand zu richten.

Zahlstelle Magdeburg

Am Mittwoch, dem 18. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet für den Bezirk Magdeburg in der Bürgerhalle, Knochenhauerufer 27/28, eine

Bezirksversammlung statt.

Tagesordnung: 1. Wirtschaftstrife, Lage auf dem Baumarkt und die Frühjahrskämpfe im Baugewerbe. Referent: Kamerad Emil Schmidt. 2. Bericht von der Zahlstellenversammlung. 3. Verbandsangelegenheiten.

[6 M]

Der Vorstand.

Erich Kühn, fremder Zimmerer,

geboren in Hartmannsdorf bei Burgstädt in Sachsen, sende Deine Adresse an Deinen Onkel

Otto Kühn, Zimmerer, Burgstädt in Sachsen, Georgstraße 24. [3,75 M]

Hermann Bernhardt,

Zimmerer, geboren in Sand (Regierungsbezirk Rassel), sende Deine Adresse sofort an Deine Mutter!

[3 M]